

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Soden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammkonto:
Gedr. Krahel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 90.— M., durch die Post bezogen monatlich 90.— M., unter Streifen für Deutschland wöchentlich 20.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 gelbalt. Nonpareilzeile 100.— M., die 3 gelbaltete Reklamazeile 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 30 M.

Nr. 20

Dresden, Mittwoch den 24. Januar 1923

34. Jahrg.

Die Kräfte der Abwehr

Berlin, 23. Januar. Unter dem Vorsitz des Reichsfänglers und in Gegenwart von Vertretern der beteiligten Reichsministerien erfolgte heute eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die auch Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zugezogen hatten. Es wurde hierbei vollkommene Einigkeit über die durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens erforderlichen Maßnahmen und über die Fortsetzung der erfolgreichen Abwehr des Rechts- und Friedensbruches festgestellt.

Berlin, 24. Januar. (W. Z. V.) Der preussische Minister des Innern, Sebering, ist in diesen Tagen im Ruhrrevier gewesen, um mit den Behörden und Gewerkschaften zu beraten. Es ergab sich eine völlige Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft mit der Regierung und die Gewissheit, daß die Haltung der Arbeiter fest bleiben werde, unter der Bedingung, daß ihre Lohnzahlung und die Lebensmittelzufuhr geregelt werden.

Die Haltung der Reichsregierung

Berlin, 23. Januar. In den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen teilt die deutsche Regierung der Presse mit: Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, dem durch den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffenen und sich täglich verschärfenden Zustand des Unrechts und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um ihnen zum Erfolge zu verhelfen. Alle die Stellen, die sich mit dem Schicksal Europas einschläglichen Problemen beschäftigen, sind von der Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. In dem Augenblick aber, wo die französisch-belgischen Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen wiederum im Widerspruch zu den Verträgen auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint eine Verhandlung über künftige Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welches Trümmerfeld Deutschland am Ende der französischen Unternehmung darstellen wird. Deshalb ist heute jede Möglichkeit einer Abschätzung der und dann noch verbleibenden Reste unserer geschwächten Leistungsfähigkeit ausgeschlossen. Auch können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedigung Europas geeignet sind. Reparationsverhandlungen sind versprochen nach der Heberauung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktions- und Pfänderspolitik verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren. Diesen Grundgedanken gemäß bezieht die deutsche Regierung allen Versuchen, die aus der Erkenntnis der ersten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit dem warmsten Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien rechtzeitig zur Aufgabe von Unternehmungen zu bewegen, die diesen Ländern niemals Sicherheit oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber verheerende Schäden zufügen, die die deutsche Wirtschaft bis zur Vernichtung herabziehen und Europa in eine immer ernstere Wirtschaftskatastrophe hineintreiben.

Vermittlungsversuche

London, 23. Januar. Nach einer Neuentdeckung bemüht sich Italien um eine Lösung in der Reparationsfrage, da die französisch-deutsche Krise außer der durch die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet unvermeidlichen wirtschaftlichen Katastrophe noch andere gefährliche Folgen haben kann.

Paris, 23. Januar. In diesen politischen Kreisen wird behauptet, daß Mussolini sich nach London und Paris gewandt hat, um in der Frage der Ruhraktion zu vermitteln. Gleichzeitig verläutelt hier, daß der Berliner italienische Botschafter, Bodari, sowohl den Alliierten als auch der deutschen Reichsregierung vorläufig rein privatim seine Vermittlerdienste angeboten habe.

In Berliner ausländischen Stellen liegen Nachrichten vor, daß der italienische Botschafter in Berlin, Bodari, zwar den Alliierten seine Vermittlung angeboten haben soll, doch ist von einem solchen Angebot an die deutsche Regierung in Berlin nichts bekannt.

Amerika greift nicht ein

rs. Paris, 24. Januar. (Eig. Draht.) Die Pariser Ausgabe des New York Herald meldet aus Washington, die amerikanische Regierung werde dem Antrag des Senators Borah auf Einleitung einer Protestaktion gegen die französische Ruhrbesetzung nicht nachkommen. Nachdem sie bereits auf diplomatischem Wege und durch Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein ihren Protest zum Ausdruck gebracht habe, halte sie die Situation für ausreichend geklärt und sehe weitere Schritte als überflüssig an.

Ein englisches Rechtsgutachten

Von großem Interesse ist in diesem Augenblick ein Rechtsgutachten der englischen Justizbehörde. Auf Anfrage des Ministerpräsidenten Lord Lloyd vertritt die Justizbehörde darin die Ansicht, daß in streng gesetzlichem Sinne der Vertrag von Versailles durch das französische Vorgehen gebrochen worden ist. Da das Autoritätsgefühl und die Achtung vor dem Gesetz in keinem Lande so stark entwickelt ist wie in England, ist dieser Rechtsbruch von hohen

Wert für die öffentliche Meinung Englands. Ob man hoffen darf, daß er Weiterungen, wie etwa eine offizielle Stellungnahme zu den Verhaftungen und Ausweisungen der Rheinlandkommission, zu der Frage der Abberufung der englischen Truppen vom Rhein oder gar einem Schritt hinsichtlich der widerrechtlichen Weichung selbst nach sich ziehen wird, mag dahingestellt bleiben. Die vielen Fragen der auswärtigen Politik in das Problem hinein, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Für den Augenblick genügt es, auf den Spruch des englischen Gerichts hinzuweisen. Wenn die Abrechnung über das Ruhrabenteuer kommt, wird man nicht verfehlen dürfen, auf ihn zurückzukommen.

Vor neuen Repressalien

Essen, 24. Januar. Man bereitet hier offenbar die Zolllinie vor, die um das ganze Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es werden mehrere Umgruppierungen der Truppen ausgeführt. Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenze des Ruhrgebietes in ihrem ganzen Umfang zu besetzen, um so die Durchführung der Zolllinie anzubahnen. Voraussetzlich wird es, wenn die Franzosen Truppen mit der Eisenbahn transportieren wollen, zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik kommen.

Die Verhaftungen bleiben bestehen

Die deutsche Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Paris erneut gegen die Verhaftungen im Ruhrgebiet protestiert und sofortige Freigabe der Verhafteten gefordert. Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung überbracht:

„Die französische Regierung bestätigt den Empfang der Note, womit die deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen. Alle von der Okkupationsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Versailles. Die französische Regierung, entschlossen, die Ausführung dieses Vertrages durchzuführen, behält sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Staatsangehörigen notwendig machen sollten.“

Das offizielle Nachrichtenbureau bemerkt dazu, daß nach diesem „Rechtsgutachten“ des französischen Militärs auch Berlin in diesem, alle deutschen Beamten verhaften und alles deutsche Eigentum wegnehmen könnte.

Der Protest gegen einen Vorstoß zurückgewiesen!

Die Note, worin der deutsche Geschäftsträger in Paris auftragsgemäß gegen die Verhaftung des Frankenträgers Kowalki in Langendreez protestiert hatte, ist Herrn von Koellich zum französischen Außenministerium mit folgender Begleitnote zurückgeschickt worden:

„Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der deutschen Botschaft das heute erhaltene Schreiben zurückzusenden. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, das in herablassenden Ausdrücken abgefaßt ist.“

Hierzu berichtet W. Z. V.: Es sind nicht die Ausdrücke der Note, sondern die darin festgestellten Tatsachen und Verantwortlichkeiten, die der französischen Regierung unangenehm sind und an die sie nicht erinnern zu werden wünscht. Die Rücksendung der Note schafft diese Tatsachen und Verantwortlichkeiten nicht aus der Welt. Sie zeigt nur, daß die französische Regierung nichts anzuführen weiß, was die Entschickung eines harmlosen Frankenträgers durch einen französischen Wachposten und die dieser blutige zugrunde liegenden Instruktionen zu rechtfertigen vermag.

Vor der Entscheidung der Repto

rs. Paris, 24. Januar. (Eig. Draht.) In der Reparationskommission wird Drabury (England) gegen den Ministerpräsidenten Poincaré stimmen, dessen Annahme im übrigen mit drei Stimmen als gesichert angesehen wird. Der französische Plan sieht vor, daß Deutschland bis Mitte Februar Zeit zur Entscheidung gelassen wird, so daß die Reichsregierung bis zum 1. März im Reichstag die Vorlage über eine Finanzreform nach französischen Wünschen eingebracht haben muß.

Einsturzkatastrophe im Wolke-Gebäude

rs. Berlin, 24. Januar. (Eig. Draht.) Bei den Aufräumarbeiten an dem Gebäude des Verlages Rudolf Wolke ereignete sich heute vermutlich infolge Ueberlastung des Zwischenstülpes ein furchtbares Unglück. An zahlreichen Stellen stürzte die Decke ein und rissen die Trümmer die übrigen Stülpwerke mit bis in den Keller. Der Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht überschätzen. Man vermutet 50 Tote. Die Sanitätskommission fährt hin und her, mehr läßt sich noch nicht sagen.

Berlin, 24. Januar. (Eig. Draht.) Anschließend an die erste Meldung wird uns mitgeteilt, daß bisher 10 Tote und 14 Verwundete geborgen sind. Es liegen allerdings noch eine Reihe Verunglückter unter den Trümmern.

Methoden der Friedensstiftung

Von Karl Kautsky

Als die Großmächte des Westens gegen Deutschland in den Krieg zogen, erklärten sie, dieses müsse der letzte Krieg sein. Ihr Sieg solle einen Frieden bringen, der ewige Dauer verheißt.

Nachdem man dieser Verheißung skeptisch gegenübersteht, so dürfte man doch zum mindesten erwarten, der Friede werde so lange dauern, wie der, den die Besieger Napoleons vor etwas über einem Jahrhundert der Welt auferlegten, und der vierzig Jahre lang anhielt.

Statt dessen haben die Friedensschlüsse von 1919 nur die Formen des Krieges geändert, diesen selbst aber weitergehen lassen. Eben erleben wir eine feindliche Invasion in das Herz Deutschlands, die deswegen nicht weniger Krieg ist, weil sie den Ueberfall einer wehrlosen Zivilbevölkerung durch eine mit allen Fortschrittsmitteln des 20. Jahrhunderts ausgerüstete Armee darstellt.

Wie ist es möglich, daß den aufgeklärtesten Demokratien unserer Tage nicht einmal das gelang, was die aufs höchste realistischen Regierungen der heiligen Allianz vor einem Jahrhundert fertig brachten?

Das rüht daher, daß diese Regierungen wenigstens eine Ahnung von europäischer Solidarität hatten. Sie empfanden diese freilich nur in der Form der Solidarität der gegenrevolutionären Regierungen. Darum wählten sie aber sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Kaiser von Frankreich und Frankreich selbst. Sobald dieses Land eine Regierung nach ihrem Herzen erhalten hatte, galt es ihnen nicht länger als Feind, trotzdem sie mit ihm mehr als zwanzig Jahre lang fast ständig im Krieg gewesen.

Im Frieden von 1814 ließen sie Frankreich die Grenzen, die es 1792 gehabt, unter Hinzufügung einiger kleiner Gebiete, und legten ihm keine Kriegentschädigung auf. Selbst als Napoleon 1815 den Elba wiederkam und unter dem Jubel eines erheblichen Teils des französischen Volkes von neuem Krieg anfang, wurden nach seiner abermaligen Besiegung die Friedensbedingungen für Frankreich nur unerheblich verschlechtert. Es mußte auf einige Gemeinden verzichten und eine Kriegentschädigung von 700 Millionen Franc bezahlen, weniger als die Summe, die das alte Frankreich den aus der Verbannung heimkehrenden Aboligen als Entschädigung für ihre konfiszlierten Güter auswarf (1 Milliarde). Die damals festgelegten Grenzen waren für Frankreich so wenig verheerend, daß auch der Versailler Friede sie nicht erweiterte. Der Pariser Friede von 1814 war nicht ein Diktatfriede, sondern ein Ergebnis von Verhandlungen. Auf dem Wiener Kongreß, der 1814 nach dem Abbruch des Friedens zusammentrat, um Europa neu zu ordnen, erschien Frankreich als eine mit den andern gleichberechtigte Macht. Es übte dort einen bedeutenden Einfluß, dank der überlegenen Diplomatie seines Vertreters Talleyrand.

Dieses Entgegenkommen hatte seinen guten Grund. Nicht Frankreich wollten die Sieger unschädlich machen, sondern den Emporkömmling der Revolution, Napoleon. Dazu gehörte nicht bloß, daß er militärisch besiegt und vertrieben wurde, sondern auch, daß die legitime Dynastie, die man an seine Stelle setzte, festen Fuß im Lande sah. Das war nur möglich, wenn es der neuen Regierung gelang, Frankreichs Interessen wirksam zu vertreten.

Den Alliierten von 1918 blieb diese Erwägung der Alliierten von 1814 fern. Wohl hatten sie erklärt, bloß die am Krieg Schuldigen zu bekämpfen, die Dynastien der Hohenzollern und Habsburger. Der § 227 des Versailler Vertrages nennt Wilhelm II. als den Schuldigen. Aber die Staatsmänner der Entente wählten nicht, wie die der heiligen Allianz, zu unterscheiden zwischen den Völkern und den Regierungen. Im § 231 des Versailler Vertrages wird als verantwortlich für den Krieg nicht mehr Wilhelm II. genannt, sondern „Deutschland“ schlechweg.

Die reaktionären Regierungen von 1914 waren sich ihrer Solidarität mit der neuen reaktionären Regierung Frankreichs bewußt gewesen. Die demokratischen Regierungen der Entente zeigten dagegen nicht die mindeste Sympathie für die deutsche Republik, die doch gar keine Verantwortung für den Krieg trug und die trotzdem so behandelt wurde, als wäre das deutsche Volk eine Bande von Verbrechern. Dabei hatte sich das deutsche Volk 1918 viel entschiedener gegen Wilhelm II. gewandt, den es verjagt, als die Franzosen 1814 gegen Napoleon, da diese es den Alliierten überlassen hatten, den Kaiser vom Thron zu entfernen. Und 1815 hatten sie seine Wiederkehr jubelnd begrüßt.

Wären die Regierungen der Entente der deutschen Republik ebenso schonend entgegengekommen, wie ehemals die Regierungen der heiligen Allianz dem von den Bourbonen in Besitz genommenen Frankreich, dann hätten sie jeglicher Idee des Kaiserismus und Militarismus in Deutschland für immer ein Ende gemacht, hätten ein festes Band der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sowie den angelsächsischen Demokratien geknüpft. Nach hätten sich die Produktivkräfte der modernen Industrie und der internationale Verkehr wieder entfaltet. Die schlimmsten Wunden des Krieges wären heute bereits vernarbt und alle Segnungen des Friedens der Welt für lange hinaus gesichert — vielleicht für immer, wenn es den sozialistischen Parteien in den entscheidenden Großstaaten gelingt, innerhalb der nächsten Jahrzehnte ans Staatbruder zu kommen.

Wie der Friedensvertrag das gerade Gegenteil dessen bewirkt hat, was er bewirken sollte, empfinden wir am deutlichsten gerade jetzt. Und dabei war er das Werk der Führer des radikalsten Teiles der bürgerlichen Demokratie, der neben Deutschland gewissermaßen Teile der Welt. Wilson, ein Philosoph der ersten Ranges, Lloyd George, der an dem Sozialismus freilebende Sozialist, dem es gelungen war, das englische Haus der Lords zur Ohnmacht herabzudrücken, und endlich Clemenceau, der Vorkämpfer der bürgerlichen äußersten Linken, der 1871 versucht hatte, zwischen Versailles und der Pariser Kommune zu vermitteln, der später einen Heibzug für die Amnestierung der verurteilten Kommunards machte und noch deren Heimkehr den Sozialisten so nahe kam, daß Wi-

he im Liebenicht unter dem Pseudonym Catts während des Sozialkrieges der händige Mitarbeiter an Clemenceaus Organ wurde.

Und diese Verleumdung widerlicher bürgerlicher Demokratie haben so viele Produkte zutage gefördert, wie die Friedensverträge von 1919, und haben noch Weisfall in weiten Kreisen der Geister dafür gefunden.

Das läßt sich nur erklären durch die Verrohung, der dummen Wutungen, die dieser entsetzliche aller Weltkriege war mehr noch als seine Vorgänger hervorrief. Sie wurden noch verstärkt durch die herausragenden Wirkungen eines grenzenlosen Sieges, die völlige Verfälschung des Gegners. In alledem kam noch die Riesenhaftigkeit der Aufgaben, vor die sich die Sieger gestellt haben: sie hatten eine Welt neu einzurichten, die völlig aus den Fugen geraten war. Ganz unermittelt traten diese Aufgaben an die neuen Herren der Welt heran, die ihr mit vollster Unwissenheit gegenüberstanden. Wie war dringender als jetzt die Methode des Verhandlung mit der Gegenseite erhebt, über deren Verhältnisse man ganz im unklaren war. Wie mußte die Methode autoritären Diktators verhängnisvoller wirken als jetzt. Und nie wurde diese Methode durch die Strategische und die Schrankenlosigkeit des Sieges mehr als jetzt.

Aus allen diesen Faktoren erwuchs die eigenartige Politik des Sieges der Welt der Nachkriegszeit. Des Sieges im Klassenkampf Rußlands, im nationalen Kampf der Entente. Es ist die Politik des Bolschewismus, hier des Sozial-, dort des Nationalbolschewismus. Sie produziert hier wie dort die gleiche Verrohung, den gleichen Ruin der Volksmassen, die vom Sieger getrieben werden.

Wahrlich kann dieser Verrohungszustand nicht ewig vor sich gehen. Früher oder später kommt die Stunde der Befreiung. Aber leider eher später als früher — in Rußland wie im Westen.

Zuerst sind es die Angelfachsen, die zur Vernunft kommen. Sie hatten ihre bürgerliche Revolution schon vor fast 300 Jahren. Eine starke Armee haben sie nie gekannt. Bei ihnen sind demokratische Methoden und das atomistische Denken einer industriellen Revolution tief eingewurzelt. Der Krieg hat diese Methoden und dieses Denken vorübergehend durch Roboter und Diktatur des Militärs zum Zurückdrängen. Aber jetzt machen sie sich wieder stark geltend.

Ganz anders Frankreich. Man kann in der Geschichte nicht bloß von einem Frankreich, sondern auch von einem französischen Militärismus sprechen — wobei wir unter Militarismus nicht bloß das Vorhandensein einer starken Armee, sondern auch die Verehrung für die Armee und ihre Denkweise verstehen.

Wohl waren die französischen Armeen nicht immer so erfolgreich wie die preussischen, die in den fast zwei Jahrhunderten vom Regierungsantritt Friedrichs II. bis zum Regierungsantritt Wilhelm II. nur einen Feldzug verloren, den von 1805. In Frankreich endete Ludwig XIV. mit einem Verfall seiner Armeen, ebenso Napoleon I. und der III. Und doch, welche glänzende Stellung hatte Frankreich unter jedem dieser Regenten durch seine Armeen in Europa eingenommen. Unter Napoleon I. hatte es das ganze kontinentale Europa bis an die russische Grenze beherrscht. Das mißte fortwährend auf fast die ganze Nation.

Der ruhmlose Untergang Napoleons III. hat dann die militärische Denkwelt in Frankreich stark beeinträchtigt. Durch den Sieg von 1918 wurde sie wieder aufs stärkste neu belebt, um so mehr, als in Frankreich das Geldkapital stärker ist als die Industrie, die überall ein kraftvolles, antimilitärisches Proletariat mit sich bringt.

So ist in Frankreich der Nationalbolschewismus bis heute stark geblieben. Dabei stehen ihm doch die Mittel und Wege, wie in keinem andern Lande der Welt, und er findet an seinen Grenzen die von ihm besiegte Nation, die aller militärischen Hilfsmittel entbehrt ist, wie kein anderes Land der Welt. Da wagt er, seine diktatorischen Götter freilich austoben zu können.

Und auch in Frankreich naht die Stunde der Befreiung. Der Nationalbolschewismus ruiniert nicht nur andere Länder, sondern auch das eigene. Die wachsende Steuerlast zermört in Frankreich wachsende Opposition gegen den nationalen Bloß. Aber wie man auch andere Regime vor ihm, dessen Töden unter den Füßen wankt, läßt sich er sich dadurch nicht zur Umkehr veranlassen, sondern gezwungen durch einen großen Erfolg, bei dem alles auf eine Karte gesetzt wird, einen Erfolg zu erzwingen, der seine Position von neuem befestigt.

Es ist das Paradoxe, daß Poincaré, der jetzt Poincaré treibt, und sie dürfte für ihn und seine Leute ähnlich enden wie für Ludendorff. Diese Politik kann Frankreich nur neue Leiden, nicht neue Reparationen bringen, und sobald die Waage des französischen Volkes das merkt, ist es mit Poincaré vorbei. Es steht neue Steuern, dagegen sind ihm die eigentlichen Triebkräfte der Ruhrbesetzung sehr gleichgültig, wo nicht widerwärtig. Das gilt für das Verlangen der französischen Schwerindustrie nach einem euro-

päischen Monopol, ebenso wie für das Streben der Politiker aller Schale nach Auflösung des Deutschen Reiches.

Trotz dieser Aussicht auf Befreiung Poincaré ist die Partei eine sehr ungleiche. Frankreich drohen bei dem Aufrubrücken wohl große Unbequemlichkeiten und Leiden, dem deutschen Volk aber, vor allem dem Proletariat, Hunger und Elend, der Inflation der Wankt.

Indessen, wie geschunden und zermürbt wir auch aus der Abwehr der feindlichen Invasion hervorgehen mögen, das Gelingen dieser Abwehr vermag doch ein Wendepunkt im Geschick Deutschlands, im Geschick der Welt zu werden.

Der Mißerfolg Poincarés muß den nationalen Bolschewismus in seiner härtesten Stunde erschüttern. Damit wird die ganze Welt reif für die Erhebung der bolschewistischen durch die demokratischen Methoden in der äußeren Politik. Dann tritt an Stelle des Diktators das Verhandeln, das Streben nach gemeinsamen Wiederaufbau der Welt, was nicht den Verzicht auf die Erfüllungspolitik bedeutet, wohl aber ihre Begrenzung auf ein erträgliches Maß und den Verzicht auf die erbitternde Politik der Sanktionen, vor allem den Verzicht auf die Befestigung deutschen Gebietes durch fremde Truppen.

Seine Aufgabe ist also nicht die Rahmung des französischen Volkes, sondern die Rahmung des französischen Nationalbolschewismus, seine Isolierung in der Welt und in Frankreich selbst.

Dazu ist es aber dringend notwendig, daß es uns deutschen Sozialdemokraten gelingt, den Nationalbolschewismus

Die faschistische Internationale



„Faschisten aller Länder vereinigt euch! Wahr euer heiliges Recht, euch gegenseitig abzugurgeln!“

im eigenen Lande im Zaum zu halten. Ihre Politik der Abwehr kann nur dann Erfolg haben, wenn sie in einer Weise geführt wird, die uns die Sympathien der Welt sichert. Dieser Erfolg würde aufs äußerste gefährdet, wenn es den deutschen Nationalbolschewisten gälte, die Führung der Abwehraktion an sich zu reißen. Im Weltkampf der Nationalbolschewisten müssen wir unterliegen. Wir können den französischen Nationalbolschewismus nicht durch den deutschen überwinden. Er würde bloß die Welt wieder gegen uns aufbringen und den Befreiungszug in Frankreich führen.

Deutschland hat den Krieg verloren, weil es sich isoliert hatte in der Welt. Es würde auch den Krieg mit Poincaré verlieren, wenn es abermals eine Politik treibe, die es isoliert.

Also kein Treiben von Bruch, von Franzosenhaft, oder auch nur eigenmächtige Verletzung des Versailler Vertrags. Unser Feind ist der Nationalbolschewismus, unser Verbündeter jeder, welcher Nation immer, der gewillt ist, dem Nationalbolschewismus zu Leibe zu gehen, um durch demokratische Methoden im Völkerleben endlich der Welt den Frieden und damit den Aufstieg zu ökonomischem Gedeihen zu bringen, der mit den Methoden der Diktatur nie und nimmer zu erreichen ist.

Der erhoffte Versammlungsparagraf

Bei der Schaffung des Republikverfassungsgesetzes wurde von der Deutschen Volkspartei auch ein Gesetz gegen Versammlungsstörungen verlangt. Nach den Beschlüssen des Reichsausschusses soll im Strafgesetzbuch ein neuer § 107a eingefügt werden, der folgenden Wortlaut hat:

„Wer nichterbetene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, oder in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden können, bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat diesen Vorschlag bekämpft und wird ihn weiter auf das entschiedenste bekämpfen. Die Sozialdemokratische Partei sprengt nicht gegnerische Versammlungen, sie hat höchstens selber ab und zu unter dem Namen rechts- oder linksüberstapelter Elemente zu leiden. Aber aus jedem Rabau, bei dem es vielleicht ein paar Hähne gibt, eine Staatsaktion zu machen, ist direkt unmöglich. Ist es Aufgabe der Gesetzgebung, die Kriminalität durch Erfinden neuer Delikte künstlich zu heigern, und junge Leute, die im Ueberdruß der Verfestigung Unzufriedenheit haben, in Sträflinge zu verwandeln? Die bürgerlichen Parteien sollten sich die Sache noch einmal gründlich überlegen. Man hüte sich, neue Gesetze zu schaffen, die bei partieller Anwendung leicht zur Quelle stärkster Erbitterung werden können.

Die bayerische Rißpelzelle

Unser ehemaliger Münchner Korrespondent, Genosse Dr. Schüringer, ist bekanntlich im August vorigen Jahres, als er in Verfolg seiner beruflichen Tätigkeit der „Hindenburg-Parade“ in München beiwohnte, von Offizieren niedergeschlagen worden. Erst auf das Drängen von Schüringers Anwalt, des Genossen Saenger, sah sich die Münchner Staatsanwaltschaft veranlaßt, ein Verfahren einzuleiten, das jetzt erst — am 18. Januar 1923 — zur gerichtlichen Vernehmung Schüringers führte. Selbstverständlich leugnen die Anklagehelden ihre heroische Tat, vor allem die Tatsache, daß sie durch wildes Schreien zum Totschlag des Genossen Schüringer aufgefordert haben. — Eine herrliche Justizverwaltung — die ein halbes Jahr braucht, um drei Reigen zu vernehmen und die ihr Einschreiten erst von der Vorlage der „Hindenburg“-Artikel Schüringers in den Sozialistischen Monatsheften und in der Glode abhängig machte! Was wäre wohl dem geschienen, der in einer Arbeiterversammlung etwa zum Totschlag des Obersten von Thlauder aufgefordert und diesen niedergeschlagen hätte?

Kommunistisches Quertreiben im Ruhrgebiet

Essen, 20. Januar. (Sig. Draht.) Die verlogene Hebe des kommunistischen Ruhr-Echos in Essen hat den Oberpräsidenten der Rheinprovinz veranlaßt, das Blatt auf drei Wochen zu verbieten. An Stelle des Ruhr-Echos erscheint nun in dessen Verbreitungsgebiet die Westfälische Arbeiter-Zeitung. Das Blatt steht die Hebe eifrig fort und fordert u. a. für Mittwoch zu einem „Republikfest“ des Ruhrgebietes auf. An anderer Stelle spricht das kommunistische Organ von einer „Republik“ und „Republik“, u. a. wird gesagt, daß die Reichsregierung ein ehemaliges Reichsmitglied gefordert werden und eine ganze Anzahl dieser Leute bereits nach Berlin abgereist sind. Ferner wird behauptet, daß die Reichsregierung für die Reichswehr im Ruhrgebiet eingerückt sind und den Reuten 80 000 M. Geld gegeben wird.

Der kommunistische Hinweis auf eine „Republik“ ist ein Verstoß auf gewisse Handover, die vom Ausland ausgehen. Der Oberpräsident in Münster ist den Gerüchten von der Einstellung der Reichswehr und der Schutzpolizei entgegengetreten, weil diese Gerüchte schon Folgen gehabt haben. Arbeiter sind z. B. in Münster erschienen, um in die Reichswehr eingestellt zu werden und haben zu diesem Zweck ihr Arbeitsverhältnis gelöst. Der Oberpräsident verweist deshalb darauf, daß die Reichswehr nicht daran denkt, auch nur einen Mann über die noch dem Friedensvertrag festgelegte Stärke anzunehmen. Er warnt die Bevölkerung dringend, dem unwahren Gerüchten über Neueinstellungen bei der Reichswehr Glauben zu schenken.

Duisburg, 23. Januar. Die sozialdemokratische Volkstimme ist von den Belgiern von der Maschine weg beschlagnahmt worden. Die Nachricht hat bei der Arbeiterschaft ungeheure Erregung hervorgerufen.

Leben • Wissen • Kunst

„Mächtiger als der Tod“

(Erführung im Schauspielhaus)

Mit den üblichen Anzeichen des Premieren-Abends ging gestern Herbert Eulenberg Drama „Mächtiger als der Tod“ in Szene. Der Wert oder Wert eines solchen Werkes kann eine Aufklärung nicht mindern und nicht mehren. Viele Menschen glauben, daß die „Wahrheit“ entscheidend darüber, daß sie eine halbe Wahrheit. Die Aufführung entscheidet nicht darüber, welche bleibenden Gehalte ein Stück bringt, nicht darüber, welche Schönheit und Art ihm innewohnt, nicht darüber, welche Tendenz es hat, und am wenigsten darüber, wie wir uns zu dieser Tendenz stellen. Die Aufführung gibt uns statt des verführerischen Phantasiebildes, das wir uns als Leser innerlich machen, einen sichtbaren, hörbaren, unmissenden Vorgang, der auf Grund des Paares einprägt worden ist. Das heißt: Sie entscheidet, ob man das, was dem Verfasser — auch ihm! — vorliegend vorgeschrieben hat, mit Wahnmitteln „machen“ kann; sie entscheidet über die „Ausführbarkeit“. Weiter nichts! Im übrigen erzielt sie eine „Wirkung“. Doch ist damit nicht über „die Wirkung“ des Stückes abschließend entschieden; anders gemachte Aufführungen können anders wirken. Das ein Stück Erfolg, so kann man sagen; der Verfasser hat es verstanden, ein Buch zu schreiben, das unter günstigen Umständen den Text zu einem wirksamen Theaterstück abgibt. Mehr nicht. Und dies alles ändert gar nichts am Urteil über die entscheidenden Eigenschaften des Werkes des Verfassers; die sind und bleiben da, bevor und nachdem es aufgeführt ist.

Man geräde mit der Langweiligkeit und trockene Begrifflichkeit dieses Auftakts. Nachdem ich vor einiger Zeit das Eulenbergische Wert an dieser Stelle mit Schärfe angegriffen hatte, haben mich viele gefragt: „Aber warum tun Sie es schon vor der Aufführung?“ Darauf wollte ich antworten: Weil die Aufführung gar nichts am Gegenstand meines Angriffs ändert und weil mir daran lag, den verhängnisvollen Wirkungen, die das Stück haben kann, vorzubeugen. Die Angstliche, übrigens schon oft durchbrochene Sitte, nur ja „vor der Aufführung“ schweigend umherzuwandern wie die Kinder vor Weihnachtsnächten, dürfte ich ja am Ende strafflos außer acht lassen.

Das Werk hat zwei Seiten. Eine sozialphilosophische und eine künstlerische.

In sozialphilosophischer Hinsicht ist es ein ausgeprochenes Tendenzstück. Es ist Eulenberges gutes Recht, für eine Tendenz einzutreten. Und unter gutes Recht, diese Tendenz zu bekämpfen. Mit seiner Tendenz aber begibt sich der Verfasser unter eine andere Verantwortung, ein anderes Gesetz, ein anderes Gericht als die sind, die den tendenzlosen Dichter treffen. Wir fragen nun nicht mehr allein:

ob er mißgestaltet? sein oder prob? echt oder unecht? und was der ästhetischen Fragen mehr sind. Sondern wir fragen: wachgebacht oder schlgebacht? durchführbar oder undurchführbar? lebensfördernd oder sozialschädlich? verantwortungsbewußt oder leichtfertig? Ru man erhebt Eulenberges Stück als undurchführbar, seine Tendenz als nichtig, seine Wirkung als schädlich, seine Haltung als leichtfertig. Der „Fall“ ist einfach. In dem Stück gibt ein Mann seiner schwachen, vermittelten unheilbaren Frau tödliches Gift. Juristisch betrachtet, ist es Mord. Denn die Frau hat im entscheidenden Augenblick nicht den Willen zum Tode, sondern erhält das Gift, ohne es zu wissen und ohne es zu trinken. Da sie aber vorher längere Zeit hindurch sich diesen Tod gewünscht hat, muß man Eulenberges ausbilden, daß er den wirklichen „Mord“ nicht vertritt, sondern vielmehr die Tat, die er in dem Stück vertritt, ungewissheit als er sich selbst als „Mord“ vertritt. Mit anderen Worten: Er will etwas anderes propagieren als was er tatsächlich geschehen läßt. Erklärtlich ist das nur durch eine geradezu unläsliche Leichtfertigkeit in der Behandlung des Gegenstandes. Wehlich liegt der Fall bei der Abweisung eines Kindes, die im Stück vorkommt. Eulenberg will auch hier wohl die freie Entscheidung des einzelnen verberlichen. Aber der Fall, den er zeigt, läßt das Verbrechen der Abtreibung gar nicht als notwendig erscheinen! Die Eingekerkerte, die in dem Stück für die Lösung ausgehen werden, sind teils Phrasen, teils Bekennnisse allgemeiner Art. Phrasen fallen etwa von dieser Art: der Törende tritt ein für die „Majestät des Menschen“, für die „Heiligkeit des Menschenlebens“ (das vernichtet wird!); er führt den „heiligen Krieg um die Selbständigkeit und Freiheit des einzelnen“ (soll sie darin bestehen, nach Gutmütigen andre zu töten?); „um den höheren Gedanken“ (wirden!). Es erübrigt sich für den Denker, darauf einzugehen. In Wahrheit gibt es sehr ernste Gründe gegen das unkonstruierte Töten von Menschen; ich habe die wichtigsten davon kürzlich hier aufgeführt. Diese kommen in Eulenberges Stück nicht vor. Vielmehr werden Menschen, die solche Gegenstände etwa in Gedanken hegen, Kerate, Juristen, Pastoren und schlichte Bürger, in dem Stück dauernd bedrängt oder karikiert. „Gehuelet“, „Freiheit“, „Vernunft“ — das sind die Hauptworte aus dem hier besungenen Schimpfspiel.

Es wäre eine beklammelte Aufgabe für einen Dichter von Format, Segner und Bestirwörter des „Mordes als Mord“ in dramatisch bewegter Dichtung gegeneinander aufzutreten zu lassen und dann die rein menschlichen über die mehr juristischen Beweggründe setzen zu lassen. Der Fall müßte mit äußerster Sorgfalt aufgebaut, alle Möglichkeiten müßten ergründet werden, der Welt Ergebnis eines gewaltigen inneren und äußeren Kampfes sein; dann könnte er erlösend, könnte die darin wirkende Befreiung tief und gewaltig wirken. Aber einen Phrasenmacher und allmählich ins Irre getreten-

den Weichling einen Menschen töten lassen, alle Segner beschimpfen oder totschweigen, statt einer Lösung einen falschen Mord vorzuführen und diesen Mord als „gerechtes Töten“ aufzuspielen — dieses Gelbes sind fälschlicher Tötenmacherer blieb Eulenberg vorbehalten. ...

Vom Diktatorischen nur wenige Worte. Das Stück ist mit Kinotechnik gemacht. Ein paar Duzend Szenen, von denen zehn weglassen könnten, ohne daß das Ganze zusammenstürzte. Sprachliche Schülerei und gehaltlose Unklarheit: bald realistische Gestalten, bald groteske Figuren, Paraphrasen und Weiserreden. Die meisten Szenen ohne starke Spannung und Wirkung. Kein Aufbau. Nicht einmal Folgerichtigkeit. Jedoch: alles in diesem bunten Durcheinander einigermaßen fest gemacht und mit einer gewissen, nicht unwirksamen Gesamtstimmung zusammengehalten, die etwas Traumbahes hat; hier zeigt sich der immerhin erprobte Verfasser, der so gar einige bühnenreife Stücke hat, allerdings davon früher weit mehr befreundete. Alles in allem: das Stück nach Eulenberges, Fortschritt, Wehlichkeit und anderer Vorgang nicht einmal neu ist, höchst eine belanglose Uebung. Der gestrige Abend verlief ohne Spannung. Die vorwiegende Empfindung war Gelangweiltheit. Kein Wunder! Dem Stück fehlt von vornherein das Maß von Kraft, das selbst in Wirkungen und Gerichten noch Gelangweiltheit zu starken Wirkungen geben kann. Der geringfügigste Widerspruch von Wehlichkeit, die erquickteste Wache von Hakenreißer lassen doch immer noch das heisse Wesen läuten spüren, im großen Ringen mitantun. Dieses „Mächtiger als der Tod“ könnte ein begabter Kino-Regisseur bei einer Platte Wein inskriptiert haben. Den Teil, — und auch den Teil! — das Stück zu töten nie, und wenn er sie beim Anzen hätte.

Das Stück bereitet dem Theater nicht geringe Mühe. Ein Klempnerpersonal und eine halbe Dutzend ausenanderlaufender Auftritte. Georg Kiefau als Regisseur hatte sich die Aufgabe gestellt zu realisieren. Schon mit dem Vorfall. Groteskes war möglichst unterdrückt, ausgefallene Witze und Possenbemerkungen vielfach gestrichen (leider auch ein zur Aufführung des Wortbildes unentbehrlicher Satz). Eine einseitige Auffassung und Stimmung herrschte: „Reinheitspiel“. Eulenberg selbst nennt das Stück „ein Leben und Freudenpiel“. Aber Kiefau hat gar nicht Unrecht; hätte er all die Nebenrollen und A. S. auch die Weiserreden erhalten, so wäre er aus dem dramatischen Sinn und der nicht herausgekommen. Was er aus dem dramatischen Sinn und der nicht herausgekommen. Was er überlassen hätte, war fast kein Tendenzstück mehr! Eine sehr reichhaltige, gemühtangene Studie aus dem Leben; Realismus aus der Epoche von 1908. Ohne Traumbemerkungen, ohne Wacht, ohne Spannung und Wille; ja ohne innere Gegenstände; langsam, ohne Tempo, ein Schritt nach dem andern, leider in viel zu gelassener Tempo, an einer einzigen Stelle wirklich durchbrochen, wo sich an sich gar nichts Wichtiges ereignet (im Gefängnis). Da das Stück aber eine starke Vergewaltigung des Paares nicht gegeben werden kann, darf Kiefaus Lösung als recht glücklich gelten; mag sie noch je

Kirche und Staat — Milliardenanleihe

Sächsischer Landtag

11. Sitzung. Dienstag den 23. Januar 1923. Vorm. 11 Uhr.

Zur Verhandlung stehen wieder kirchliche Angelegenheiten. Eine Anfrage Hilsmann (D. Sp.) beschäftigt sich mit der

Vollage der Landeskirche

und fordert zu deren Behebung die Einstellung von Mitteln in den Nachtragsetat. Weiter wird die Regierung gefragt, ob sie bereit ist, die Verordnung vom 19. September 1922 über die Umbenennung von Grabinschriften auf kirchlichen Gottesäckern, die in einer für das kirchliche Empfinden unerträglichen Weise in die kirchliche Friedhofverwaltung eingreife und den kirchlichen Charakter der kirchlichen Gottesäcker gefährde, die aber auch dem Art. 1 der Reichsverfassung widerspreche, aufzuheben.

Abg. Günzel (Dnat. Sp.) begründet einen Antrag Wörner, wonach die Regierung ersucht wird, umgehend an den Landtag eine Vorlage zu bringen für ein der sächsischen Landeskirche zu gewährendes Darlehen, damit die Kirchengemeinden in die Lage kommen, den Gehalt nach der jetzt geltenden Besoldungsordnung auszahlen zu können.

Kultusminister Plehnert:

Der Regierung ist natürlich bekannt, daß die Kirche in finanzieller Beziehung Not leidet. Die Kirche teilt das Schicksal von Reich, Staat und Gemeinden sowie des größten Teiles der Volksgenossen. Die Kirche ist sich auch bewußt, daß sie einen Rechtsanspruch auf Besoldungsbeihilfen nicht hat, sonst würde sie ihn längst geltend gemacht haben.

Von einem wirklichen Rechtsmittel kann keine Rede sein. Die Staatsregierung muß es deshalb nach wie vor ablehnen, neue Mittel für die Besoldung der Geistlichen in den Haushaltplan einzustellen. Der Staat leidet ebenso Not wie die Kirche und besitzt nicht einmal Mittel zur Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben. Wäre es aber nicht möglich, daß die Kirche einen Appell an den Geldbeutel der zu ihr gehörenden Besitzenden richte? (Zuruf links: Das ist schieflos!) Die Staatsregierung muß es auch ablehnen, vom Reich Geld zu verlangen für Zwecke, die nicht zu den Pflichten eines Staates gehören. Wenn der Konfliktminister Dr. Köhlig glaubt, mit Angeiffen in der Presse auf die Regierung und die Einkünfte dieser gefügiger zu machen, so ist er auf dem Holzwege. (Sehr richtig! links.) Die Regierung ist aber auch nicht gewillt, die Verantwortung über die Anbringung von Grabinschriften aufzuheben. Es kann Anderenherum nicht zugemutet werden, in Bezug auf die Grabinschriften sich den Vorschriften der kirchlichen Stellen, die nicht als unzulässig gelten können, zu unterwerfen. Im übrigen ist dringend zu wünschen, daß in diesen Fragen endlich Ruhe eintritt, sonst müßte die Regierung die Einbringung eines Gesetzesentwurfes über die Entziehung der kirchlichen Friedhöfe zugunsten der bürgerlichen Gemeinden und zum Wohle der Allgemeinheit in Erwägung ziehen. Die Kirche möge eingedenk sein der Bestimmung in der Reichsverfassung, daß Recht vertritt.

Abg. Siebert (Dnat. Sp.): Wir sind nicht so hoffnungslos, wie es nach den Ausführungen des Ministers der Fall sein müßte. Der außerordentliche Ausweg des Rechtszustandes durch den Minister können wir uns selbstverständlich nicht anschließen, zumal der Minister nur einzelne Fälle aus dem Gutachten herausgerissen hat. Die Reichshändler und Hinterbliebenen haben ungewissermaßen einen Rechtsanspruch.

Abg. Weidmann (Dem.) hält die rechtliche Grundfrage nicht für gelöst und stellt sich auf den Boden des Antrags. Im Ausschuss müßte das Rechtsgutachten vollständig vorgelegt werden. Kirche und Staat müßten einander entgegenkommen.

Abg. Scheller (Komm.): Die Arbeiterorganisationen sind verpflichtet, alle Ansprüche der Kirche abzuweisen und gegen die Kirche Front zu machen, da sie die Arbeiter vom Klassenkampf abhält.

Abg. Reigt (D. Sp.) fordert, daß die Regierung ihre Grundfrage zur Frage der Trennung von Kirche und Staat bald aufstellt und öffentlich bekanntgibt.

Abg. Hiller (Dnat. Sp.) beantragt, Regierung und Landtag hätten den Grund zur Not der Kirche gelegt.

Kultusminister Plehnert: Ich habe nicht einzelne Fälle aus dem Rechtsgutachten herausgerissen, sondern das Gutachten bekämpft und dabei auch die mir unangenehmsten Stellen erwähnt. Das Gutachten ist dem Haushaltsausschuß A bereits vorgegangen. In der Frage der Reichshändler hat die Regierung durchaus entgegenkommen gezeigt.

Die Weiterberatung erfolgt im Haushaltsausschuß A. Die Uebernahme der Bürgschaft für die Fülle des Ruhegehalts des Ministers für Aufhebung und Schrifttum in Leipzig durch den Staat wird einstimmig beschlossen, während die Vorlage über Erhöhung des für den Erweiterungsbau der Hl. Marienkirche in Dresden genehmigten Darlehens an den Ausschuss geht.

Es folgt die zweite Beratung über das Anleihegesetz. Der Haushaltsausschuß B beantragt die Annahme der Vorlage mit gewissen Abänderungen, deren wichtigste ist, daß die

weinerlich und ermüdend wirken, sie ist wenigstens lauter durchgearbeitet, mit Feingefühl gemacht, frei von den Schwachheiten, die der Text auf jeder Seite nahelegt. Es war bestimmt keine Kleinigkeit, dieses unmaßliche Stück vor dem Ertrinken in Langeweile, Evidenz und Gelächter zu retten. Das Verdienst, dies vermieden zu haben, gebührt Kielau rechtlos.

Eine starke Hilfe war ihm dabei Lindner als Fieber. Auch er ganz einseitig, ohne die wirre Verwirrung und ohne die geistige Blumheit der von Eulenberg gehaltenen Rede, sogar ohne Eige und Sprüch, ein passiver Betreuer, ganz auf Weisheit, Feinheit und Duldbarkeit gestellt, zuletzt ein erschütterter Greis, dem man das Wort kaum noch guttun, daß man freitend gehöre, doch in Wahrheit erschütternd. Andre Darsteller hervorzuheben, ist schwierig. Nur wenige gingen in ihren Rollen auf, was aber bei der Zerfahrenheit und Wehmut und Selbstlosigkeit des Textes auch kaum zu fordern ist. Zu diesen Wenigen gehört Jena Schaffer als Silbe und Ad. Winterfeld als weinerlicher Buchhändler. Andre fanden sich mit ihren undankbaren Aufgaben irgendwie ab, ohne gerade etwas zu verderben: Frau Saldau, Wierich, Lotte Grubius, Paul Gausler, Antonia Dietrich; am unglücklichsten fielen sich Dirmoser, Kleinohr und Warten zu fällen (der bei Wort kein preussischer Affektor ist und niemals zu dieser Rolle gedrungen werden durfte). Gelegenheiten zu kleinen Typentypen hatten Ponto, Meyer (dem allerdings zu viel genossen war) und Kub. Schröder; vor allem Ponto und Meyer hatten sehr schärfe umrisse und schauspielerisch erste Wirkungen bewirkt.

Als Ganzes aber bewies die Aufführung: es gibt eine Grenze! Man kann sich in einem Theater noch so sehr anstrengen — und das Schauspielhaus hat viel erhebliche Bemühen aufzuweisen! — wenn ein Text nicht wenigstens zum Äußersten oder Selbstem Spannungen und Geballe hergibt, bleibt alles verlorene Liebesmüß. Es ist kaum übersehbar, daß sich das Stück nicht halten kann. Wieder ist unser Spielplan um eine glatte Krise erweitert.

Nachdem sich der ichäre Widerspruch am Schluß gelegt hatte, ermunterte Gehalt Hauptmann von der Direktionsloge aus demontierte den noch nicht erklimten Teil des Sublimes, dem Stück (oder wohl mehr: den Darstellern) einen Achtungserfolg zu sichern

Wolfgang Schumann.

Konzert
Klavierabend antheil. Der einundzwanzigjährige Amerikaner George Antkeil bezeichnete sich auf den Klavieren als „pianist futurist“. Diese Ingerierung eines Klavierabends war ungewöhnlich, und es demohstrierte sich wieder: wenn man den Reuten etwas vormacht, dann fallen sie darauf herein. Der Künstlerhausaal war trotz dem allerhöchsten Wetter, das es in diesem ungesunden Winter bisher gegeben hat, zum Pöckel voll. Sollte das

Worte „bis zu 3 Milliarden“ ersetzt werden durch „bis zu fünf Milliarden“. Außerdem soll die Regierung ersucht werden, baldigst eine genaue Berechnung, möglichst in Goldmark aufgestellt, vorzulegen, aus der ersichtlich ist, welche Summen für den Ausbau der staatlichen Kohlenwerke und des staatlichen Elektrizitätsunternehmens insgesamt noch erforderlich sind.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) verteidigt ein Minderheitsgutachten, wonach zur Vermeidung einer vollständigen Zerrüttung der staatlichen Finanzen Schahamweisungen in ausländischer Währung nicht ausgeben werden sollen.

Es geht ein Antrag auf nochmalige Ausdeutung Beratung ein.

Abg. Weutter (Dnat. Sp.) sagt, es handle sich um einen finanzpolitischen Beschluß von außerordentlicher Tragweite, der heute gefaßt werden solle. Ein Staat, der — zwar nicht durch den Mund des Finanzministers, aber doch von anderer Seite — auf dem Kapitalismus herumtrampelt, könne nicht beanspruchen, daß ihm Vertrauen und Kredit entgegengebracht werde. Die Sache müsse nochmals im Ausschuss beraten werden.

Finanzminister Plehnert bittet um Abkündigung des Juräberweisungsantrages. Andre Minder sind bereits denselben Weg gegangen wie Weutter. Wenn die Anleihe nicht beschlossen wird, bleibt nichts weiter übrig, als die staatlichen Betriebe einzustellen. Der Juräberweisungsantrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abg. Lieberich (Komm.): Es wäre Aufgabe der sozialistischen Regierung gewesen, eine unergänzliche Finanzanleihe aufzulegen.

Abg. Schömer (Soz.): Im Ausschuss hat allgemeine Zustimmung zu dem Willen der Regierung, neue Wege der Geldbeschaffung zu gehen, bestanden. Der Abg. Weutter hat die künftigen Zeichner der Anleihe (sowohl machen wollen und sich als Kapitalgeber für die Privatunternehmen erwiesen. Im Anschluß haben die Kommunisten nicht zu sagen gewagt und nun auf einmal kommen sie mit dem Vorschlag einer Finanzanleihe. Sie müßten doch eigentlich wissen, daß die sächsische Regierung das nicht kann. Den kleinen Reuten sollte Gelegenheit gegeben werden zur Beteiligung an der wertbeständigen Anleihe.

Abg. Müller (D. Sp.) erklärt, seine Fraktion wolle und könne nicht die Politik übernehmen, die heute mit den staatlichen Betrieben, insbesondere mit dem Landes-Elektrizitätsunternehmen, getrieben werde. Seine Freunde könnten nicht für das Ausdeutungsgutachten einstimmen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) glaubt nicht, daß die Regierung auf die Dauer die staatlichen Anlagen und Betriebe finanzieren kann.

Nach weiterer Aussprache wird das Minderheitsgutachten mit 44 Stimmen der Linken abgelehnt und darauf der Ausschussantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des größten Teils der Volksparteier angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 25. Januar, 1 Uhr. Erhöhung der Gewerbesteuer; Nachtragsetat. Die politische Aussprache soll am 8. Februar stattfinden.

Neueste Telegramme

Die Kriegserichtsverhandlungen gegen die Verhafteten

Essen, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag ist in Mainz die Verhandlung gegen die verhafteten Industriellen unter großem Andrang der Bevölkerung eröffnet worden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird für die weitere Entwicklung der Lage im Ruhrgebiet von besonderer Bedeutung sein. Ein scharfes Urteil, wie jede Verurteilung überhaupt, vermag den Abwehrwillen der Beamten- und Arbeiterchaft nur zu stärken.

Mainz, 24. Januar. Der Gerichtshof, dessen Vorsitzender Depuyguy ist, setzt sich zusammen aus einem Major, einem Kapitän und einem Leutnant. Anwaltschaft ist Militärstaatsanwalt Radin, Verteidiger Rechtsanwält Grim, Essen, Dr. Kaumann, Mainz, und Reclerc, Mainz. Der Vorsitzende wohnt vor jeglicher Ausdeutung, die zur sofortigen Räumung des Saales führen würde. Demonstrationen würden außerdem verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Schweigeherrschaft in dem Saale, als die „Angeklagten“ im Saale unter militärischer Bedeckung erscheinen. Erhöhten Hauptes nehmen sie auf der Anklagebank Platz und gehen mit fester Stimme Antwort auf die Frage nach ihren persönlichen Verhältnissen. Rechtsanwält Grimm plädiert auf die Ungültigkeit der Verurteilung des Gerichtshofs aus den bekannten formalen juristischen Gründen. Militärstaatsanwalt Radin ist für „Justizdinge“.

Das Gericht zieht sich zurück und erklärt nach 30 Minuten: er sei zuständig! Angeklagte der durch die Reparationskommission festgestellten „schwersten Verbrechen Deutschlands“, die den repressiven Regierungen völlig freie Hand zur Erreichung jeglicher Maßnahmen Deutschland gegenüber gäbe, sei nach dem Völkerrecht die Befolgung des Ruhrgebietes legitim, die Anordnungen der Besatzungsbehörden also gleichfalls legitim.

„Pianist futurist“ nur etwa heißen, daß antwort beabsichtigt, in Zukunft einmal ein Pianist zu werden? Nein. Seine Klavierkunst ist augenblicklich nicht die schärfste, wenigstens ist sie für den Vortrag seiner „eigenen Werke“ geruchend, die ja natürlich so eingerichtet sind, daß sie ihm bequem in den Fingern liegen. Also soll sich das „futurist“, auf seine „Werke“ beziehen. Man hat sich neuerdings daran gewöhnt, dem Futurismus nicht mehr als ernste Ergründung zu nehmen und trotzdem sieht antwort scheinbar in dem „Pianist futurist“ sogar einen Ehrenstitel. Originalität Zukunftsgeist sind die „Werke“ antwort auch ganz und gar nicht. Die hor monischen und formalen Freheiten, die ihnen eigen, haben Movel, Strachbin, Debussy, Stravinsky u. a. schon viel eher vorgeführt. antwort ist nur ein getrockneter Nachtreter dieser Modernisten, der nicht einmal ganz klar ist über die letzten Möglichkeiten der Kunst. Eins seiner „Werke“ hier: Ironisches Renouet. Ironie zu geben ist der verstandsmäßige Kunst allein absolut unmöglich. Es müssen stets die verstandsmäßigen Worte hingetretet, wenn man solche Wirkungen erzielen will. (Weisheit: Reisterfinger, Rosenbaltzer) Als einziges behielt man von diesem Abend einige nicht uninteressante rhythmische Kombinationen im Oben (Strophen) und dann die starkgehörten Klaviertrios des „Wollüstigen Gedichtes“ (nach Strachbin „Gedicht der Verzückung“) und des „Nachmittages eines Wälschbüchchens“ (nach Debussy „Nachmittags eines Faun“). Die Veranstaltung war eigentlich humorlos. Wir erkennen das moderne Kunstprinzip ganz gerne an, daß die Kunst als Abbild des Lebens auch dem vollen Sinnvollen des Lebens aus dessen vollen Sinnlose abbilden darf. Dann müßte das aber doch durch eine gewisse Heiterkeit verklärt werden. Vielleicht wollte das antwort auch tun, aber gelungen ist es ihm schlecht.

Dresdner Kalender
Theater am 25. Januar. Opernhaus: Jor und Himmermann (7). Volkshaus Nr. 5583 bis 5692. — Schauspielhaus: Für die Dienstboten-Abendessen des 23. Januar: Torquato Tasso (7) Neukirchener Schauspielhaus: Scarpola (7 1/2). — Reliönd-Theater: Penultima (7 1/2).

Reinholders Schauspielhaus. Edward Gledits bekannte Weer-Gant-Welt wird bei allen Aufführungen des Weites gespielt. Die Opernreihe zu den Bühnenbildern stammen von Paul Werb Gubecian, Berlin. Der Vorverkauf für die ersten vier Aufführungen bis einschließlich Dienstag den 30. Januar erfolgt täglich von 10 bis 2 und von 5 bis 6 Uhr an der Theaterkasse sowie im Invalidenbau und Restbezugs-Ausschuss.

Volkshaus. Donnerstag (morgen) muß der Vortrag von Fraulein Weidheid A. Göns (Kunst und Kultur in Dresden einst und jetzt; Uebrigendes Geistes) ausfallen.

Für die Uebertretung solcher Anordnungen sei also das Kriegsgericht zuständig. Darauf beginnt das Verhör Fritz Thyssen.

Der Proteststreit geht weiter

Essen, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage ist im allgemeinen unbedeutend. Auf den Bahnhöfen und Eisenbahnbetriebswerkstätten in Duisburg, Rülheim und Oberhausen wird der gestern begonnene Ausstand fortgesetzt. Auch die Bergarbeiter der Gegend, deren Direktoren verhaftet wurden, befinden sich weiter im Streik. Von einer Entschärfung der französischen Regierung zu neuen Zwangsmaßnahmen, um den Berliner Vertrag durchzuführen, wie es Poincaré in seiner letzten Note ankündigte, verspürt man noch nicht. Insbesondere zeigt der Generaldirektor der Bergwerke Cosse alles andere als Entschlossenheit. Die englischen Journalisten beklagen, daß in seiner Umgebung der Kassenkammer groß ist. Wie weit die Truppenverschiebungen, die im Laufe des Tages vorgenommen werden sollten, mit den neuen Maßnahmen im Zusammenhang stehen, bleibt abzuwarten.

Essen, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Fortdauernd laufen immer wieder neue Meldungen ein, die von einer Steigerung des aktiven Widerstandes gegen die Gewalt zeugen. — Die Duisburger Volkspartei ist heute wieder erschienen.

Duisburg, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Das Personal der Bahnhöfe Rülheim, Duisburg und Oberhausen hat heute nachmittag infolge eines Konflikts mit der Besatzungsbehörde den Dienst eingestellt. Der Eisenbahnbetrieb liegt still.

Volle Lohnzahlung beim Proteststreit

Berlin, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In seiner gestrigen Sitzung hat das Reichskabinett beschlossen, daß allen Arbeitern und Angestellten im Ruhrgebiet, die die Arbeit niederlegen, im Einverständnis mit der Regierung und den Arbeitgebern der volle Lohn weitergezahlt werden soll, nicht nur, wie ursprünglich vorgesehen war, die Erwerbslosenunterstützung.

Essen, 23. Januar. Als heute die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und Geschäfte verließen, entwickelte sich nahe dem Hauptbahnhof ein sehr lebhafter Verkehr. Die Franzosen machten darauf vor dem Hauptpostamt ein Maschinengewehr schußbereit. Nur durch die Besonnenheit der Bevölkerung wurden Zwischenfälle vermieden. In Dattingen sind einwandfrei farbige Franzosen festgehalten worden, die bei einzelnen Dienststellen tätig sind.

Speyer, 23. Januar. Der von den Franzosen ausgemittelte Regierungspräsident der Pfalz, Freiherr von Schillingen, wurde heute nachmittag von französischer Besatzung dem Präsidialgebäude abgeholt und über die Brücke nach Mannheim gebracht.

Berlin, 23. Januar. Von französischer Seite wird in Essen verbreitet, in Deutschland würden wichtige Truppenbewegungen vorgenommen. Nach Erkundigungen an ausländischer Stelle sind alle deutschen Truppen in ihren Garnisonen. Es sind keinerlei Truppenzusammenschüßungen erfolgt.

Die Abberufung Barreres

bedeutet anscheinend einen Schlag Poincarés gegen England, und zwar besonders gegen Lord Curzon und Bonar Law. Lord Curzon war der Unterstützung Barreres für die Erzwängung des Abchlusses der Verhandlungen in der nächsten Woche vollkommen sicher, was man für den sehr starkem französischen Dompard weniger bestimmt behaupten kann.

Um Woslaw

In der mit Spannung erwarteten Vollversammlung der ersten Kommission in Lausanne schlug Lord Curzon vor, die Woslawfrage der schiedsrichterlichen Entscheidung des Völkerrats zu unterbreiten. Jedoch war keine Einigung zu erzielen, da P. S. Pascha den Vorschlag Lord Curzons auf schiedsrichterliche Entscheidung durch den Völkerrats als für die Türkei unannehmbar ablehnte. Auf die Anregung P. S. Paschas wegen einer Volksabstimmung erwiderte Lord Curzon, eine Volksabstimmung könne nicht mehr in Frage kommen, nachdem England bereits zweimal Volksabstimmungen veranstaltet habe, deren Ergebnis eine überwiegende Mehrheit für das Verbleiben des Wilajets bei Mesopotamien gewesen sei.

Sozialistisch-demokratische Koalition in Lettland

Nach dreimonatigen langwierigen Verhandlungen ist eine Koalition zustande gekommen, die im lettischen Reichstag eine Dreiviertelmehrheit besitzt. Sie wird gebildet von der Sozialdemokratie (der stärksten Partei im Parlament), der rechtssozialistischen Gruppe, dem demokratischen Zentrum und dem Bauernbund. In der Opposition verbleiben die lettischen Reaktionäre und die nationalen Minoritäten. Die Sozialdemokratische Partei entsendet in das Koalitionskabinett: die Genossen Buchewitz (Finanzministerium), Lorenz (Arbeitsministerium), Belms (Bergbau- und Kohlenministerium) und Decken (Bergbau- und Kohlenministerium).

Der Dollar 21745,50

Berlin, 24. Januar. (Wochentag.)		24. 1.	24. 1.	23. 1.	23. 1.
		Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1 Gulden	8428,87	8471,13	7990,—	8020,—
Dänemark	1 Krone	4104,56	4185,44	3834,40	3849,60
Schweden	1 Krone	5710,88	5799,82	5978,27	5993,75
Norwegen	1 Krone	8985,04	8984,94	3820,42	3839,58
Schweden	1 Krone	589,85	541,85	493,76	496,24
Schweden	1 Krone	4009,95	4080,05	3740,82	3759,88
Österreich	100 Kronen	29,82	29,78	27,83	27,87
Frankreich	100 Francs	598,50	601,50	552,81	555,89
Belgien	100 Francs	8,22	8,28	7,48	7,52
Italien	100 Lire	1281,81	1288,09	1147,12	1152,88
Spanien	100 Pesetas	8961,57	8978,43	8182,15	8147,85
Japan	100 Yen	1027,42	1032,58	972,88	974,87
London	100 Sterling	99001,87	99498,18	98786,—	94235,—
Neurock	1 Dollar	21745,50	21854,50	19950,—	20050,—
Paris	100 Francs	1891,50	1898,49	1286,77	1293,25
Buenos Aires	1 Peso	7905,10	7947,82	7458,21	4493,68

Polnische Noten 75.—

rs. Berlin, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der heutige Kommissar dem Devisenmarkt keine wesentliche Veränderung. Die Kurse hielten sich ungefähr auf dem gleichen Niveau wie gestern. Dollarkurse sanken mit 20 750 ein und gingen später bei ganz geringen Umsätzen auf 20 500 zurück. An den übrigen europäischen Börsenplätzen waren die Valutafschwankungen ebenfalls sehr ruhig. Auch an der Börse selbst erfuhr das Geschäft wenig Belebung und keine Veränderungen.

Am Effektenmarkt breitet sich die Unsicherheit aus. Die zum Teil widersprüchlich lautenden politischen Meldungen machen zur Zurückhaltung. Auch die beunruhigende Spekulation nimmt wenig an dem Hand-I teil.

Wasserstände der Wosdan, Jzer, Eger und Elbe

Wosdan		Jzer		Eger		Elbe	
Wosdan	Wosdan	Jzer	Jzer	Eger	Eger	Elbe	Elbe
Wosdan	Wosdan	Jzer	Jzer	Eger	Eger	Elbe	Elbe
Wosdan	Wosdan	Jzer	Jzer	Eger	Eger	Elbe	Elbe

Sachsen

Falsche Behauptungen über Waldheim

Das Ministerium des Innern (gez. Ripinski) läßt durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei den kommunistischen Blättern folgende Antwort zugehen:

Unter der Überschrift „Einige Notizen über die Strafankalt Waldheim“ sind in einigen Tageszeitungen Behauptungen verbreitet worden, die einer Berichtigung bedürfen:

Die Treibfeder zu der Meuterei vom September 1921 (nicht, wie es in dem Artikel heißt, 1922) ist nicht Langer und schlechte Behandlung gewesen, sondern der Freiheitsdrang einiger Knechtel. Von diesen müßten die gefährlichsten einige Zeit aus Sicherheitsgründen gefesselt werden.

Die Strafe des sogenannten „engen Kerkes“ wird seit Ende vorigen Jahres nicht mehr verhängt.

Insoweit ist, daß abgelegte Militärjacken vernichtet wurden. Die Trennstücke werden insbesondere für entlassene Gefangene, aber auch für andere der Fürsorge bedürftige zu Anzügen, Stiefeln und dergleichen verarbeitet. Auf diese Weise kann der Gefangene vom Kopf bis zum Fuß einigermaßen gut gekleidet entlassen werden. An Auffichtsbemäntel der Anstalt Waldheim werden nur in ganz geringem Umfange und zu dem Reiche festgesetzten Preisen Sachen zum Dienstgebrauch abgegeben.

Die Arbeitsbeschaffung, deren Höhe an sich vom Reiche festgesetzt wird, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1923 verjeztlicht worden. Der Höchstbetrag beläuft sich jetzt auf 80 bzw. 40 R. täglich.

An Unternehmer wird in den Strafankalten nur dann Arbeit vergeben, wenn festgestellt ist, daß freie Arbeiter dadurch nicht geschädigt werden.

Ministerialrat Dr. Popitz

Ueben den neuen Ministerialrat in der 4. Abteilung des Ministeriums des Innern, Dr. med. Popitz, sei auf Grund unserer Erkundigungen an zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Genosse Dr. Popitz ist 57 Jahre alt und Sohn eines Dessauer Gärtners. Nachdem er 1896 die Reifeprüfung unter Befreiung von der mündlichen Prüfung bestanden, hat er Medizin und Naturwissenschaft, insbesondere Pathologie und Hygiene, studiert. Nach Beendigung seiner ärztlichen Schwangerschaft absolvierte er 1891 in Straßburg das vorsechste Jahr als Arzt und wurde 1892 Assistent am Pathologischen Institut der Universität Leipzig. Hier hat er sich vornehmlich mit der Pathologie des Kindesalters unter Professor Heubner und Bakteriologie unter Professor Schmorl sowie mit Sozialhygiene und Biologie beschäftigt. Im Jahre 1894 übernahm er die allgemeine ärztliche Praxis, auch als Kasernenarzt, unternahm 1902 längere Reisen durch Nordamerika und Brasilien und wurde 1904 in den Vorstand der freigewählten Kreisärzte Leipzig gewählt. Während des Krieges hatte er 1915 die Leitung des Sanatoriums „Rothsack“ für Kriegsbeschädigte in Leipzig inne und wurde 1918 beauftragt mit der Leitung des Sanatoriums Leipzig. Nach vorübergehendem Lazarettdienst wurde er 1922 Stadtdirektor im Versorgungsamt Leipzig. Seit 1919 ist er dort auch Stadtdirektor und arbeitet als solcher hauptsächlich auf dem Gebiet des Krankenhauswesens, der sanitären und allgemeinen Fürsorge. Weiteren Kreisen ist Genosse Dr. Popitz durch seine zahlreichen naturwissenschaftlichen Abhandlungen in der Leipziger Volkszeitung bekannt geworden.

Ein tschechischer Justizskandal

Im Prozeß „Spionage“-Prozeß wurde der Hauptangeklagte Baeran wegen angeblicher Beihilfe zur Spionage auf vier Jahren schweren Kerkers, verurteilt durch vierjährige Haft, verurteilt. Der Angeklagte Schinabe erhielt drei Jahre Kerker.

Der Prozeß, den der tschechische Staat gegen den Abgeordneten der deutschen Stadt Brünn, Dr. Alois Baeran, wegen angeblicher Spionage eingeleitet hatte, stellt einen der größten Justizskandale aller Zeiten dar. Ihm konnte nichts anderes vorgeworfen werden, als daß er, allerdings in härtester Form, für das Recht der Selbstbestimmung der Sudetendeutschen eingetreten ist, ein Recht, das doch angeblich die Grundlage des tschechischen Umbaus in Mitteleuropa darstellen sollte. In seiner Schlussrede hat Dr. Baeran feierlich verkündet: „Hätte ich Spionage getrieben, so würde ich es ruhig eingestehen, denn das wäre in diesem Staate keine Schande.“

Das durch die Presse beeinflusste tschechische Gericht hat das grausame Urteil ausgesprochen, weil die parlamentarische Lässigkeit des Abg. Baeran den tschechischen Schwierigkeiten bereite.

Schüler als Hafent Kreuzler

In Jindau wurden Plakate angeschlagen, die sich in scharfer Weise gegen die sächsische Regierung richten wegen des über die Hafent Kreuzler verhängten Versammlungsverbotes. Beim Ankleben dieser Plakate wurde nördl. Ingenieurschüler erwischt. „Die roge Antelnahme von Ingenieurschülern an den Hafent Kreuzler-Versammlungen ist recht auffällig“, schreibt unser Jindauer Bruderblatt. Wir wollen doch nicht hoffen, daß die Jindauer Ingenieurschule zum Hort der bayerischen Hitlergarde geworden ist, andernfalls müßten es sich Staat und Gemeinde doch überlegen, ob für diese Schule noch Zuschüsse am Plage sind.

Den Freunden Grelmanns ins Stammbuch

Der deutschnationale Abgeordnete Lehrer Grelmann hat dieser Tage im Landtag die Lehrerschaft grdschäft beleidigt (nicht zum erstenmal). Er führte aus: „Ich möchte nicht wissen, Herr Minister Plehner, wieviel sich jetzt gerade in meinem Verufe dazu bezenden, andre zu beipfehlen. Ich glaube, in keinem andern Berufsstand ist das Bezeichnungentum so entwickelt wie im Lehrerstand.“

Die Leipziger Lehrerschaft, das Organ des Leipziger Lehrervereins, bemerkt dazu treffend: Diese Äußerung wirft ein bedenkliches Licht auf die Kreise, die dem Abgeordneten Grelmann nahe stehen. Dem sächsische. Lehrerverein steht er obdlig fern.

Zur Kernmittelfreiheit hat das Leipziger Stadtberordnetenkollegium wichtige Beschlüsse gefaßt. In den Volksschulen sollen alle Schreibhefte und Schreibmaterialien unentgeltlich abgegeben, gedruckte Bücher an Bedürftige aber teilweise überlassen werden. Für bedürftige Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten ist die unentgeltliche Abgabe von Schreibbüchern und Schreibmaterialien sowie die teilweise Überlassung gedruckter Bücher vorzusehen. Da der Beschluß einstimmig gefaßt worden ist, wird der Rat seine Zustimmung diesmal kaum versagen.

Die Deutschnationalen haben einen Antrag eingebracht, die Regierung soll eine Verordnung erlassen, nach der Belgier und Franzosen sofort aus allen sächsischen Schulen und Akademien auszuweisen sind, Franzosen und Belgiern der Zutritt zu staatlichen Theatern, Museen und Kunstvereinstellungen aller Art untersagt wird, und den sächsischen Behörden und Privatunternehmungen zu empfehlen, in gleicher Weise vorzugehen.

Stadt-Chronik

Die Geste

Genwisse Geschäftsleute vertheilen sich auf die Geste. 1911 wählten sie sich das „On parle francais“ und „English spoken“ von ihren Ladentüren. 1918 umbauten sie die Hoflieferantenwappen. 1920/21 wickelten sie die Dinger vorwärts wieder aus. 1922 streichen sie ihre Häuser neu an und ließen alle Hoflieferanten wieder frisch anmalen — es schien da ein Weizen zu blühen.

Und jetzt, 1923, in den Tagen der Anhebezeit, er scheint es ihnen zweckmäßig, Frankreich und die Franzosen zu boykottieren. In Dresden haben einige Hoteliers anschreiben lassen, daß französische Gäste nicht erwünscht seien. Der Verein Berliner Hotels und verwandter Betriebe hat „aus freien Stücken“ einen Beschluß gefaßt, der in neun Sätzen folgende neun Gebote enthält: „Es darf an jedem Tag nur ein Hauptgericht aus Fleisch abgegeben werden. Butter darf nicht extra, auch nicht zum Frühstück, abgegeben werden. Eier dürfen zum Frühstück nicht abgegeben werden. Jede Schaustellung von Lebensmitteln in Schaufenstern und unnötige kalte Büfets sind verboten. Französische und belgische Gäste werden in Hotels nicht aufgenommen. Französische und belgische Zeitungen dürfen nicht ausliegen. Französische und belgische Werte und Noten werden nicht in Zahlung genommen. Französische und belgische Weine, Liköre und Lebensmittel werden weder gekauft noch verkauft. Die Lieferanten werden dringend aufgefordert, sich diesem Beschluß anzuschließen und keine französischen und belgischen Waren mehr zu liefern.“

Schon, wir wünschen durchaus nicht, daß man den in Deutschland eindringenden Franzosen Ovationen darbringt. Und wir wünschen noch weniger, daß Deutschland seinen Jörn über die Gewalttat Poincarés in französischen Cognacs

und französischen Weinen erkaufte. Aber wir wünschen mehr. Wir sind nicht zufrieden mit einer Geste. Denn mehr ist es nicht, was die Berliner Hoteliers da beschlossen haben. Eine Geste, die man schleimigst beiseite lassen wird, so bald sich das Geschäft mit einigem Anstand wieder machen läßt. Augenblicklich erscheint es geschäftlich ratsam, nur die übrigen Ausländer zu nehmen und die Franzosen auszulassen. Und wenn sich der Sturm gelegt haben wird, wird man sehr gern wieder auch den Franzosen ihre Noten abknöpfen und ebenso gern wieder wolleidende Grobagrarien mit französischen Cognacs trösten. Das weiß man schon jetzt. Hinter diesen neun Geboten steht der vielgesagte Satz: „Das Ostwirts-gewerbe wird als freier Erwerbsstand selbst für Ordnung sorgen und bittet daher die Regierung, von jeder Zwangs-maßnahme abzusehen.“

Da liegt der Hund begraben. Das Ostwirts-gewerbe wird „selbst für Ordnung sorgen“. Es wird die Geste wahren, solange es sich lohnt. Es wird sie ablegen, wenn dieses sich lohnt. Im Gotteswillen nur keine Zwangsmah-nahmen, durch die den Zahlungsfähigen die französischen Cognacs länger vorenthalten bleiben, als die Hoteliers für angebracht halten! Im Gotteswillen keine wirksamen Ge-lege, wo es ihnen nur um eine geschäftslustige Geste zu tun ist!

Wir aber fordern mehr. Wir fordern das geschliche Verbot der brotverleuernden Zuzuseinfuhr. Nicht nur gerade jetzt, weil französische Bataillone rheinische Städte besetzt halten. Wir fordern sie überhaupt und für dauernd, solange die Einfuhr von Zuzuswaren, gleichviel, woher sie stammen, das Brot verteuert, das wir essen.

Und darum nehmen wir alle diese und ähnliche Be-schlüsse hin als Geste, die ebenso als billige Theaterreflektoren zu bewerten sind wie das jetzt so beliebte Abhängen des Nieder-ländischen Dankgebets.

Die Antwort der Lazaretteitung

Anlässlich unseres Aufsatzes in voriger Woche: „Mißstände in einem Dresdner Reichswehr-Lazarett“ sendet uns der Division (Reichswehr-) Arzt der 4. Division, der das Dresdner Standortlazarett (nicht Standort, wie wir geschrieben) unterstellt, eine Richtigstellung, die freilich nicht viel richtigstellt, sondern im allgemeinen nur die gegenteilige Meinung wie die unsrige vertritt, deren wesentliche Punkte wir aber gern wiedergeben.

Die Behauptung, daß die Soldaten keine Beschränkungen haben, die sie unbeeinträchtigt hält, wird damit richtiggestellt, daß jedem Soldaten auf Grund der Beschränkungsordnung der Weg zur Beschränkung bis an den Herrn Reichspräsidenten offenste und die Beschränkungen jeder Zeit „entsprechend den Vorschriften“ behandelt würden. Aber gerade um diese „Vorschriften“ und ihre Anwen-dung handelt es sich.

Die Ungültigkeit der Lazarettanfrage wird zu-gegeben und es wird gesagt, daß Ende dieses Monats, nach Ab-schluß großer baulicher Veränderungen, in einem Teil des eh-rwürdigen Reichswehr-Lazarett an der Marienallee das Standortlazarett verlegt werde. Auch den Kranken wurde das neuerlich mitgeteilt. Wenn aber das Bedenkliche der Anlage allgemein an-erkannt war, müßte man um so eher auf peinlichste Sauberkeit der Räume achten, die aber vernachlässigt wurde. Ueber den widerlichen Auf-bewahrungsort der Speisefässer schweigt sich die Zuschrift aus.

Daß man sich um die Kranken zu wenig kümmere, wird be-stritten. Die privatsärztliche Behandlung wird für unzulässig erklärt, wenn kein zwingender Grund vorliegt. „Denn wenn der be-treffende Soldat in privatsärztlicher Behandlung steht, kann er nicht so, wie es in seinem gesundheitlichen Interesse liegt, dauernd dem Dienst befreit werden usw.“ Begründet wird die Unmöglichkeit der Dienstbefreiung nicht.

Wegen der Verweigerung der Ausgangs-erlaubnis macht die Zuschrift die Einwendung, daß Kranke der hier in Rede stehenden Art nicht in Kinos, Theater und Tanzsäle gehen, sich nicht be-treuen oder den Urlaub in noch ungehöriger und die Heilung ver-zögernder Weise benutzen dürfen. Das wurde weder von uns noch von den mit uns in Verbindung getretenen „anständig ge-schmitten“ Kranken verlangt. Bei einem Ausgang um die Mittagszeit sind weder Kinos noch Theater offen; die Kranken wollen aber einmal andre Menschen sehen, kleine Besorgungen machen usw., und wie man ja immerzu die Rekruten spazieren führte, kann man auch nicht-belläugig Kranke dann und wann einmal in kleinen Trupps aus-jagen. Wir glauben ganz gern, daß es mancherlei Elemente gibt, die den Ärzten Schwierigkeiten bereiten, aber wer sich den ver-nünftigen Vorschriften nicht unterwirft, gegen den hat man kaum immer noch das Mittel der Entziehung der Verpflegung in der Gend.

Zu dem von uns angeführten Beispiel von Urlaubserweige-rung wird gesagt: „Der betreffende Kranke war zum Gericht an einem bestimmten Tage zwischen 8 und 1 Uhr vormittags be-festigt. Er verlangte aber zwei Tage Urlaub, um sich mit einem Beschi-annwalt in Verbindung setzen zu können.“ Das ist ihm abgeschlagen

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapis

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von M. R. de Grazia und J. Kunde

Der Mann hatte einen fast epileptischen Anfall, niemals noch wagte jemand darauf zu ihm zu sprechen:

„Kein! Kein! Kein Mitleid mit den Lieben und den Liebinnen! Man muß sie festnehmen, sie verurteilen.“

Er schweig, bewegte eine Welle während seine Riefer und fügte leiser mit einer Art schwerer Gier hinzu:

„Man müßte sie niemals wieder freilassen.“

Dann schlug er ein Lachen „aus der Tiefe“ an, so wie es Sulettes ähnlich niemals gehört hatte.

„Ah! Sie sind frei, Sie! Ich, auch ich bin frei, hören Sie: es gibt keine gebesserten Diebe; im Fall der Straflosigkeit werden sie gegen das Verbrechen abgehärtet, und in dem der Verurteilung wird ihre Wdsartigkeit bestimmt, weil sie sich rächen wollen. Ich habe mich jetzt — betrachten Sie mich junges Mädchen! — ich habe mich einer Vereinigung zur Fürsorge entlassener Strafgefangenen angeschlossen, lediglich aus daß gegen die freigelassenen Diebe, um darüber zu wachen, daß die öffentliche Sicherheit nicht durch unkluge Wiedereinführung und Rehabilitationen von Dieben ge-fährdet wird.“

Sulettes blickte ihn mit großen, geängstigten Augen an, der Alte begegnete gleichfalls scharf den ihren:

„Was? Halten Sie das für eine Erfindung von mir? Wohlberstand, um so geworden zu sein, war es nötig, daß ich aus erster Hand belehrt, war es nötig, daß ich durch persönliche Erfahrung dazu getrieben wurde! Und die Gelegen-heit hat sich mir geboten, einen entlassenen Dieb kennen zu lernen und zu beobachten. Ich habe bei ihm keinen Aus-schönungsverstand mit der Gesellschaft bemerkt: nichts zeigte an, daß er die verbrecherische Vergangenheit durch eine ehrbare Lebensführung auslöschen wollte. Und dennoch war ich zu der Vermutung berechtigt, daß dieser Mann nicht von Grund aus schlecht gewesen.“

Die Augen des Greises wurden wieder phos-phoreszierend.

„Und halt, da Sie hier sind . . . so freimütig . . . ja

frisch heraus . . . will ich auch . . . ich muß Ihnen das Er-lebnis erzählen.“

Eine Stille trat ein. Der Mann überlegte, lachte un-heimlich in sich hinein, betrachtete Sulettes, blinzelte mit den Augen nach einem an der Wand hängenden Abreißkalender und murmelte ganz leise für sich:

„Ich muß es jetzt erzählen, noch hat es niemand gehört.“

Die unerhörte Sprache Sulettes sollte aus ihm nie ge-sagte Worte herauslocken. Ihre Behauptungen hatten seine Lebenslogik erschüttert, er war — unumgänglich — ge-zwungen, um die Sorglosigkeit seines guten Rechts wieder zu erlangen, der Unruhe durch eine graufige Erzählung Herr zu werden.

Sulettes dachte: „Frau Coquedo hat mich nicht ge-täuscht, das ist ein Schwärzer, danke dafür! Ich werde ihn mitten in seiner Geschichte hängen lassen.“

Aber sie blieb bis zum Ende und bewahrte eine un-auslöschliche Erinnerung an diese Erzählung, so daß in der Folge jahrelang ein furchtbarer Traum von Zeit zu Zeit sie heimsuchte, trotz Wechsels der Herrschaften, des Quartiers, der Nachbarschaft, trotz tausendfacher Veränderungen. Zwei oder dreimal in der Woche stellte sie morgens, beim Erwachen, mit einer änsstlichen Niedergeschlagenheit fest: „Ich habe toleider vom Alten geträumt.“

Wald berührte der Erzähler den Mahagonitisch, bald ließ er ihn unter den verschiedensten Bewegungen los, dann wieder deutete er sich ab und zu darüber, um Sulettes mehr faszinieren zu können.

„Ha! Ha!“ grinst er höhnisch und drohend. „Die Diebstähle sind sozusagen unschuldig! Das ist eine schöne Theorie! . . . Ha! Ha! Aber es gibt kein schwereres Verbrechen als das Diebstahl. Ich will Ihnen das beweisen: der Dieb-stahl ist die oberste Stufe auf der Leiter des Verbrechens.“

Mit veränderter Stimme betrafierte er das, zur Seite gewendet, einer dritten, unsichtbaren Person.

„Ich will, daß diese Wahrheit unbestritten anerkannt wird; es ist eine für mich notwendige Wahrheit.“

Er wendete sich wieder zu Sulettes:

„Ich habe einen Dieb erkannt . . . Hören Sie, junges Mädchen, und unterbrechen Sie mich nicht!“

Es sind dreißig Jahre her, wahrhaftig — die längste Dauer der Verjährung —, meine Geschäfte riefen mich nach

Dijon, am Heiligen Abend. Ich nahm in Paris einen Abend-schnellzug. Bei der Abfahrt teilten nur zwei Reisende mein Kupee. Der eine dieser Herren mit verbrieftlichem, ver-schlossenem Wesen, nach innen gekehrtem Blick, mit vergränten Wangen, sah ein ungeselliger Mensch zu sein, der sich um nichts, was um ihn vorging, kümmerte. Der andre kleine, schmächtige, sehr elegante Mitreisende zog nicht gleich ohne weiteres meine Aufmerksamkeit auf sich; aber er entschädigte sich dafür später. Sie werden es sehen.

In Dijon nutzte mein Gefährt mit dem traurigen Ge-sicht einen Aufenthalt von zehn Minuten, um sein Gepäck auf dem Stg lassend, aus dem Zug zu steigen. Die Tür blieb offen, dann rief man: Einsteigen! Einsteigen! Er kam nicht zurück, man schloß. Ich beugte mich, bereit, den Schlämigen anzurufen, nach dem Bahnsteig hinaus, bemerkte ihn nicht.

Endlich, als der Zug sich aufs neue in Bewegung setzte, und erst da, erkannte ich die düstere Erscheinung, die sich nicht mehr als ein Sommambule beilte. Dann, plötzlich erwacht, entschloß er sich zu laufen, aber zu spät . . .

Infolgedessen sandte ich ihm mit übertriebenem Gefällig-keit seinen Ueberzieher und — wie ich vermutete — seinen Handkoffer durch die Fensteröffnung nach. Ich täuschte mich — das wurde mir später klar —, ich warf ihm den Koffer des mit mir im Kupee verbliebenen Reisenden zu. Dieser letztere — ein braunhaariger, ziemlich kleiner Mensch von jäh-jörniger Natur — glaubte ohne Zweifel an einen ihm ge-spielten schlechten Streich, oder noch mehr an ein Komplott von Verbrechern, denn bevor ich Zeit hatte, mich zu setzen, und ohne ein Wort der Erklärung, warf er sich auf mich und wollte mit der Faust nach mir schlagen.

Von diesem bewegenen Angriff überrascht, ohne mehr ein Wort vorzubringen, wehrte ich die Schläge unschwer ab und suchte mir nach meinem Revolver.

Dank meiner kräftigen Arme und breiten Schultern hätte ich mit einem Stoße den Uiberscherer zurückschleudern können, der mir an Wuch, an Kraft unterlegen war und dessen An-fall mich nicht einmal dem Plage gebrannt hatte. Aber der Faustkampf widersteht meiner aristokratischen Natur.

Die Waffe währte kaum einige Sekunden. Von dem Recht gefehliger Notwehr Gebrauch machend, gab ich, sowie ich die Hand auf die Waffe gelegt hatte, Feuer — der An-greifer blieb auf der Stelle tot.“

(Uebersetzung total)

worben mit dem Hinweis, daß er zwischen 8 und 1 Uhr Zeit genug habe, einen Rechtsanwalt aufzusuchen. Darauf ist zu erwidern, daß der Soldat sich in der Zeit von 8 bis 1 Uhr eben seinen Anwalt suchen und mit ihm sprechen konnte, denn um diese Zeit sind die Rechtsanwaltskanzleien auf den Beiräten. — Sie haben erst nachmittags Besprechung. Da der Mann den Rechtsanwalt doch vor und nicht erst nach dem Termin brauchte, so war sein Verlangen nach zweimaligem Urlaub berechtigt. Ueber die Verabschiedung der Soldaten schweigt sich die Zeitung aus und diese Verabschiedung für seine Verabschiedung war doch gerade ein Hauptpunkt, der auch auf die Verabschiedung der anderen Klagen ein sehr grelles Licht wirft.

Sehr richtig meint die Zeitung, daß den Kranken Beistand und Hilfestellung bei allfälligen Beschwerden und mit Jähren nicht gestattet werden können. In unserm Auftrag war dergleichen aber gar nicht verlangt. Solche Forderungen lassen sich auch ohne Alkohol und Jähren abhalten.

Weiter heißt es: „Es ist unwohl, daß Schmälerung der Bezahlung als Strafe verhängt wird. Die Kost im Lazarett wird in jedem Falle nach dem Gesundheitszustand des Kranken und nach rein ärztlichen Ermessungen verordnet.“ Die Kranken sagen anders und beschwerten sich gar nicht darüber, daß sie auch für die knappen Tage das volle Verpflegungsgeld zahlen müssen.

Arreststrafen werden nur verhängt, wenn vorher von dem behandelnden Stationsarzt die Arrestfähigkeit des betreffenden Kranken ausdrücklich festgestellt ist. — Wer, wie Tausende, am eigenen Leibe erfahren hat, daß der Militärarzt aller Schule immer der entgegengesetzten Meinung war, wie der kranke Soldat, wird auch auf diese gewiß im besten Glauben abgegebene Behauptung nicht viel Wert legen.

Wie schon gesagt: Wir wollen nicht leugnen, daß es Kranke gibt, die in Bewusstlosigkeit gegen sich selbst über die Strafen schlagen, aber wenn, wie den Kranken wiederholt vorgehalten wurde, ein jeder vor sich selbst sich gegen die Bestimmungen wehren kann, so darf man doch nicht jahrelang darauf zurückkommen, um alle fortgesetzt darunter leiden zu lassen.

Das Schreiben schließt mit dem Satz: „Es soll nicht unermüdet bleiben, daß das Diktat der Dresdner Volkszeitung nicht beabsichtigt ist, sondern daß nur der unerlaubte, vom Chefarzt nicht genehmigte Handel mit Zeitungen untersagt ist.“

Der Generalarzt Stod, der das Schreiben unterzeichnet, wird gestatten müssen, wenn wir in diesem Satz den ganzen alten Militarismus in seiner ganzen Schönheit erkennen. Gehandelt darf mit der Zeitung nicht werden — dann könnte sie ja jeder unkontrolliert kaufen; aber absondern darf sie nicht. Wie dies dem einen oder bestimmten würde, ist eine andere Frage, die jeder beantworten kann, der in der Kaserne Bescheid weiß.

Streckung der Hausbrandkohle

Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Die unübersehbare Kohlenlage zwingt zu Vorsichtsmaßnahmen. Durch eine Veranlassung des Kohlenamtes, die in der morgigen Nummer unser Blatt abgedruckt ist, wird angeordnet: 1. Die Streckung von Heizkohle auf Bergschicht eine ist von heute an streng verboten. Zuwiderhandelnde Händler wie Bez. etc. werden unmissverständlich bestraft. 2. Die Verteilung der Kohle, die auf Bergschicht für den Januar freigegeben war, darf von heute an nur zu Hälfte abbezogen werden. Die Hälfte der Kohle, die in der morgigen Nummer abgedruckt ist, wird abbezogen. 3. Auf die zur Zeit freigegebenen Grundrationen bis Mitte März bis auf weiteres höchstens noch zwei Prozent, bei gekürzten Grundrationen 1% Prozent und bei Unterunterlassen ein halber Prozent geliefert werden. Das Nähere wird aus der morgigen Veranlassung zu erfahren sein.

Trotz dieser Maßnahmen wird zweierlei erstrebt: Erstens werden Kohlenmengen für die Verteilung der Haushaltungen frei. Zweitens soll der Händler durch die Befreiung auf höchstens einen Monat in die Lage, einen größeren Kundenkreis zu bedienen, als wenn er jedem Kunden sämtliche freigegebenen Kohlen auf einmal voll liefern dürfte. Daß er unter die zwei Prozent heruntergehen darf, wenn seine geringen Kohlenbestände und Engpässe ihn dazu zwingen, ist selbstverständlich. Man hofft durch diese Anordnungen zu erreichen, daß die Kohle, die zur Zeit vorhanden ist und bis zur nächsten Preissteigerung noch eingeholt, möglichst vielen Verbrauchern zugute kommt. Gleichzeitig wird dringend empfohlen, Ersatzbrennstoffe zu kaufen, wie Holz, Gas, Gasöl, oberirdische Oberbauwerke, Kohle, Kohle, Torf und dergleichen. Sie sind bei den Händlern hinreichend vorhanden und werfenfrei zu haben.

Die verlassene Tischekrone

Wegen Verneinung gegen das Reichsgericht vom 3. Februar 1922 wurde von dem Schöffengericht gegen die Kaufleute Alfred Buch und Hermann Paul O. B. verhandelt. Buch betreibt an der Prager Straße eine Lotterierollektion. Er wird beschuldigt, in seinem Unternehmen während des vergangenen Herbstes mehrere Devisenkonten gemacht zu haben. Buch bestritt, sich dadurch gegen das Kriegsvorgang zu haben. Er sei für die Staatsbank und andere Dresdner Bankgeschäfte nur als Kommissionsärzt tätig gewesen. Die Verneinung wurde jedoch für den Angeklagten ungünstig. Das Reichsgericht kam zu der Überzeugung, daß er regelrecht mit Tischekrone spekuliert habe. Als die Behörde gegen B. einschritt, wurde ein Antrag von fast 16 Millionen M. festgestellt. Das Urteil lautete im Sinne der Anklage auf insgesamt 105.000 M. Strafe oder ein Jahr Gefängnis sowie auf Verneinung von 14 Millionen 982.245 M. 40 Pf., auch wurden 765 Reichsmark und eine dänische Krone, die beschlagnahmt worden waren, als dem Staat verfallen erklärt. Der bei Buch angefallene zweite Angeklagte O. B. wurde zu 16.500 M. Strafe verurteilt.

Ausfuhrbanddruck, Straßberg und verurteilte Bestechung wurde dem aus Königsberg bei Karlsbad stammenden Handlungsgehilfen Georg Riedel zur Last gelegt. Er wurde bei Bestechung an der Grenze festgenommen, wobei man bei ihm für 11.220 M. in Sachfen gefundene Waren, 27.224 M. deutsches Reichsgeld und 210 sächsisches Kronen vorfand. Für die Waren beschlagnahmt wurden. Das Schöffengericht Altenberg verurteilte Riedel wegen Ausfuhrbanddrucks zu 600.000 M. Strafe, wegen der verurteilten Bestechung zu 100.000 M. Strafe oder einem Monat Gefängnis, außerdem wurden das bei ihm vorgefundene Geld und die Waren eingezogen. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, mit der er eine Herabsetzung der Strafe und die Aufhebung der Verfallklärung des eingezogenen Geldes erreichen wollte. Er machte geltend, daß er schon längere Zeit erwerbslos sei und auch keine Stellung mehr erziele. Weil er nicht sächsisch sprechen konnte. Die dritte Strafammer lösterte das erstinstanzliche Urteil, erkannte wegen des Ausfuhrbanddrucks auf 250.000 M. Strafe, wegen der verurteilten Bestechung auf 50.000 M. Strafe oder einem Monat Gefängnis. Die Verfallklärung des Geldes und der Waren wurde jedoch nicht aufgehoben.

Stadtverordnetenfraktion der U. S. D. Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, wichtige Fraktionsfrage. Pünktliches Erscheinen aller ist dringend notwendig!

Stadtverordnungsfraktion. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, abends 7 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Antrag, betreffend die Erhaltung der bestehenden Privatbäder an öffentlichen Bädern; Neuwahl der gemischten Ausschüsse auf das Jahr 1923; Wahlen für den neuen Fortbildungsausschuß; Wahl des Vorstandes und seiner Stellvertreter für den Vieh- und Schlachthof; Erhöhung der Einkünder und Gebühren der Gewerkschaften, anderweitige Erhöhung der Viehsteuern und der Gebühren für Straßenreinigung in den hiesigen Krankenhäusern; Schließung der Rinderpoliklinik Schütz. 67. Ferner werden behandelt die von dem Stadtverordneten aus Enckel der Ermordung des Ministers Dr. Rathenau gestellten Anträge auf Verhütung der Verwendung Schwarzweiß-

rotter Fahnen usw., Antrag des Stadts. Schräpel, betreffend die Mietpreise, Antrag, betreffend die Erhaltung der vom Dresdner Verkehrsverein gegen den Alkoholismus und vom Guttemplerorden eingerichteten Beratungs- und Fürsorgestellen für Alkoholkränke und ein Antrag, betreffend die Einwirkung auf die Gestaltung der Form und des Inhalts der Plakate innerhalb der Stadt und auf die verbreitendsten und auffälligsten geschmacklose Plakate an öffentlichen Gebäuden, damit beide den Anforderungen des guten Geschmacks angepasst werden.

Deutsche Volksgemeinschaft. In der Sitzung des Ortsausschusses für die Volksgemeinschaft am Montag wurden weitere 10 Millionen Mark zur Erhöhung der Beihilfe bei Beschaffung von Äpfeln und Kartoffeln und 6 Millionen Mark zur Unterstützung von Einzelunterstützungen an Kleinrentner und andere besonders Hilfsbedürftige bewilligt. Das Fürsorgeamt ist Privatrat und Organisationsführer für jeden Einzelnen auf Fälle von Not und Notdarf und erbringt Beihilfen an seine Zentralstelle, Landhausstraße 7, I. Das Sammelergebnis selbst ist bis jetzt nicht ungenügend, aber bei der Höhe der Mittel, die bei der fortschreitenden Geldentwertung nötig sind, reicht es bei weitem noch nicht aus. Die Sammlung wird weiter fortgesetzt, insbesondere ist sie bei den Organisationen noch nicht abgeschlossen.

Neue Inderepreise. Der für die zweite Januarhälfte zur Verfügung der Bevölkerung ausgegebene Jucker kann in Dresden zu folgenden Richtpreisen im Kleinhandel abgegeben werden: Melis und Raffinade bis zu 440 M. das Pfund, Linsen, Bohnen, Kichererbsen und Weizen bis zu 400 M. das Pfund, Bäckergüter in allen Sorten bis zu 480 M. das Pfund.

Nichtigstellung. Zu der Notiz in der vorgestrigen Nummer unter der Überschrift „Verhaftung eines gesuchten Raubmörders“ wird mitgeteilt, daß der in der Neuen Gasse wohnhafte Arbeiter Willi Franz Pfeil ungerichtlichweise in den Verdacht gekommen ist, der von der Berliner Staatsanwaltschaft gefaschte Arbeiter Pfeil zu sein. Dieses ist aber nicht der Fall. Der fälschlich in den Verdacht Gekommene hat mit der in Frage kommenden Tat absolut nichts zu tun und ist auch sonst in kein Strafverfahren verwickelt.

Der Wert der „freien Station“. Das Landesfinanzamt Dresden hat für seinen Bezirk mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an die Werte der Natural- und Sachbezüge sowie der Deputate anderweit festgesetzt. Darnach beläuft sich z. B. der Wert der freien Station für Apotheker- und Handlungsbetriebe auf je 13.200 M., für Kranenpflözer, Apotheker- und Handlungsbetriebe auf je 10.800 M., für weibliche Dienstboten und Gewerbetreibende auf je 8600 M. monatlich.

Die Frucht für dieses Jahr, angenommenen Ertragswerte und Weintrauben, ist um 60 Prozent ermäßigt worden. Die Wahnahme gilt für Süddeutschland und Westpreußen bei Aufgabe als Eis- oder Fruchtgut bis zum 31. März dieses Jahres.

Rein Kränken auf dem Hauptbahnhof. Die Reichsbahn-Direktion in Halle und Dresden haben angeordnet, daß vom 1. Februar an die Güter in den Wartehallen des Hauptbahnhofes nicht mehr auszuladen sind.

Blühendes Leben im Gefängnis. Von der Kriminalpolizei wurde bei einer Streife auf dem hiesigen Hauptbahnhof der fälschliche Postbeamte und Reisende Kurt Wendland aus Stuttgart in Thüringen, der wegen Unterschlagung von 4 Mill. M. von der Staatsanwaltschaft Bayreuth gefasst wurde, festgenommen.

Reise gestohlen. In der Nacht zum 10. Januar wurden einer Firma in Reusfeld 100 Stück gute, trockene, fertige Ziegenfelle (ohne Fellen und ohne Hörner, die Schmaus abgemittelt), 200 Ziegenfelle (Schmaus), 200 Hasenfelle und 200 Kaninchen im Gesamtwerte von 1.700.000 M. gestohlen. Die gestohlene Firma hat für Wiedererlangung der Reize hohe Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen hierzu erbittet die Kriminalpolizei.

Der Allgemeine Mietbewohnerverein hat zur weiteren Hilfe für die Wohnungslosen und zur gleichzeitigen Unterstützung des Wohnungsamtes beschlossen, in allen Stadtbezirken Kontrollkommissionen einzusetzen. Sie sollen leistungsfähig und nicht rechtzeitig gemeldete oder schwarzbezogene Wohnungen aufspüren. Der Verein hofft, daß sich alle Mieter bereit erklären, durch diese praktische Hilfe den Wohnungslosen mit zu helfen. — Bezirksmiter- und Ausschuss Doppelvorwahl. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Straßenausschüsse des 2. Unterbezirks im Restaurant Kammerhof, Kammerhofstraße, Ecke Viktoriastraße. — Bezirksmiter- und Ausschuss Gema. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Paulshof Restaurant Mieterversammlung.

Dresdner Umgebung

Verkehrsw. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof: Desfentische Gemeindeversammlung. — Colosseum. Der Kleinverkaufspreis für Milch beim Erzeuger ab 21. Januar 150 M., in den Milchgeschäften 184 M. für 1 Liter Vollmilch. — Preis für 1 Zentner Weizen 200 Mark.

Aus dem Parteileben

Justizbeamte und -angestellte. Alle Genossen werden nochmals auf die morgigen Donnerstag, abends 7 Uhr, im Carolinagarten, Geroldstraße, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und erucht, in allen Dienststellen die Kollegen zum Besuch aufzufordern. Ministerialrat Dr. Schröder spricht über: Vom Rechte, das mit uns geboren ist. Der Saal ist gefüllt.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Freitag den 26. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, außerordentliche Sitzung im Paulshof (2. Klasse, rechtes Nebenzimmer): 1. Brennen der Gewerkschaftsfragen. (Da es sich um Schiedsgerichtsfragen handelt, wird regie Teilnahme ermahnt.) 2. Wahl des Wahlauflusses. (6 Mitglieder, Vorschläge umgeben an Franke.) 3 1/2 Uhr Kaffeepausen und Mitgliederrat. (Lehrerbund mitbringen.) Der beschlossene Sonderbeitrag von 125 M. ist umgehend an Hammer zu zahlen. (Witz 28 167).

6. Unterbezirk

Achtung! Betriebsvertrauensmänner von Lößtau, Plauen, Rauschwitz!

Die für Freitag den 26. Januar angelegte Versammlung läßt zugunsten der hiesigen Mittwoch, abends 7 Uhr, im Restipalast stattfindenden Konferenz aus. Die Genossen werden ersucht, vollständig bei der Konferenz im Restipalast zu erscheinen.

Rinderstreuungs-Komitee. Mitglieder, Donnerstag, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung in Lößtau, Jugendheim, Poststraße 15, Hinterhaus. Die Mitglieder wollen pünktlich und vollständig erscheinen. Fragebogen mitbringen.

Briefing. Letzte Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Seutewitzer Höhe engere Verwaltungssitzung.

Streifen 1 bis 6. Die bereits angemeldigte Mitgliederversammlung Freitag den 26. Januar in der Hiedemanns beginnt Punkt 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Dringende Fragen der Varietät (Dauke). 2. Die Neueinteilung der Bezirke Groß-Dresdens (Gamber, Scholz). 3. Die Entschädigung des früheren Königsbaus (Baland). Der Saal ist gut gefüllt. Mitgliederbuch vorgehen!

Blasw. Vereinigung zur Förderung der weltlichen Schule. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungszimmer der 68. Volkshule Mitgliederversammlung. Aussprache über die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus.

Bezirk Laubegau. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Verthold Fortsetzung der verlegten Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neueinteilung des Bezirkes Ostschlesien. Bericht von der Kreisvorstandsitzung. — Quartalsstellenbericht. Verschiedenes. Allen Genossen und Genossinnen ist zur Pflicht gemacht, in dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen.

6. Bezirk. Frauengruppe Lößtau, Plauen, Rauschwitz. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, in der 8. katholischen Volkshule, Wänaulstraße 13, Winterfeld der Vereinigten Dresdner Arbeiterjugend zusammen mit der Rinderstreuungs-Kommission. Die Darbietungen sind auf die Kinder eingestellt und werden auch erwachsenen zur Freude gereichen. Besuch sächsisch die Veranstaltung. Eintritt für Erwachsene 40 M., Kinder 15 M.

Bezirk Reuben. Freitag, abends 7 Uhr, im Gasthof Reuben (Keiner Saal): Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Genossen Raminits über den Dager Kontrakt und die politische Lage im Reich. 2. Neueinteilung des Bezirkes Ostschlesien.

Gewerkschaftsbewegung

Die Dresdner Metallarbeiter zur Befreiung des Ruhrgebietes

Am geitigen Tage hielt die Verwaltungsstelle Dresden der Deutschen Metallarbeitervereine ihre Generalversammlung ab. (Ausführlicher Bericht folgt später).

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Pawlowitsch einen kurzen Situationsbericht über die Vorgänge im Ruhrrevier. Die Generalversammlung nahm darauf gegen circa 10 Stimmen nachstehende Entschließung an:

Die Dresdner Metallarbeiter sehen in dem Vorgehen der französischen und belgischen Soldateska einen flagranten Verstoß gegen die Völker- und Menschenrechte.

Wir sehen weiter darin eine unausbleibliche Folge aller imperialistisch-imperialistischen Kapitalistpolitik.

Wir begrüßen die Stellungnahme unserer proletarischen Klassen-genossen in dem unermüdlichen Streben.

Das Unternehmertum soll sich nicht einbilden, daß ihm wegen der Proletariat anheim. Sie haben in letzter Linie Anspruch auf Entzogenwerden der Arbeiter- und Angestelltenrechte. Das Unternehmertum hat gerade in den letzten Tagen vor der französisch-belgischen Invasion durch seine Presse zum Kampf gegen die Lohnempfänger Sturm geblasen.

Das Proletariat hat stets den Kampf für Wahrheit und Recht und Freiheit geführt und wird ihn weiter führen.

Wir treten ein für Freiheit aller, ohne Ausnahme. Auch jene, die uns noch vor Stunden bekämpft und geschmäht haben, sollen nicht ausgenommen werden. Wenn Menschenrecht und Menschenwürde verkämpft werden sollen, werden wir jeden, soweit unsere Kräfte ausreichen, in Schutz nehmen.

Mögen die Gegner des Proletariats die soviel verkündet haben, wiederum erkennen, daß Deutschlands Ärmster Sohn sein bester ist.

Unsere Brüder im Ruhrgebiet rufen wir zu: Haltet aus in euerem Kampfe für Freiheit und Recht. Das wir für euch tun können, das soll geschehen. Wir geloben euch das in erster Stunde.

Zuständigkeitsgrenze für Angestellte

Die Zuständigkeitsgrenze für Angestellte bei den Gewerkschaften und Kaufmannsvereinen liegt nach einem Beschluß des Reichstages vom November vorigen Jahres immer noch bei 840.000 M. Jahresgehalt. Trotz mehrfachen Eingaben der Angestellten wurde die Reichsarbeitsministerien bisher nicht zu bewegen, eine Erhöhung dieser Grenze vorzunehmen. Da der meiste Teil der Angestellten bereits mehr als 70.000 M. im Monat an Gehalt bezieht, ist für diesen Teil die Zuständigkeit der Gewerkschaften und Kaufmannsvereine nicht mehr gegeben. Diese Angestellten müssen sich abrichten lassen, die ordentlichen Gehälter werden; damit geht ihnen jedoch die billige, schnelle und soziale Rechtsprechung der Kaufmanns- und Gewerkschaften verloren. Wenn sich das Reichsarbeitsministerium nicht bald entschließt, dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf zu unterlegen, wird dieser selbst die Initiative dazu ergreifen müssen.

Die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter des Reiches, des Bundes und der Gemeinden haben sich am Sonntag mit den Vorbereitungen für die kommenden Gehalts- und Lohnverhandlungen beschäftigt. In bürgerlichen Kreisen konnte man lesen, daß die Organisationen sich im Hinblick auf die immer ungenügender werdende Lage des Reiches dieses Mal mit „ungenügender Zuständigkeiten“ abfinden würden. Der kommunistischen Propaganda dieser Schwärze, um mit Gebrüll über die Gewerkschaften herzufallen und sie, wie üblich, als „Verdränger“ zu verurteilen. In Wirklichkeit ist natürlich ein solcher Beschluß nicht gefast worden. Die Gewerkschaften werden wie bisher, so auch jetzt, das fordern, was ihre Angehörigen zum Leben benötigen. Der Reichsarbeitsminister hat die Spitzenorganisationen zu Donnerstag den 26. Januar zu neuen Verhandlungen eingeladen.

Bereinigte Arbeiterjugend

Gruppe Südost. Sittlerstr. Dresden. Rabenan. Der Vortrag des Oberlehrers Ulbricht: Neue Wege zur Völklichkeit, findet am Donnerstag (7) in der Schillerstraße statt.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Bundes-Schule (Frauenturnen). Dienstag, 30. Januar, abends 8 bis 8 1/2 Uhr, beginnt der neue Lehrgang für Vorturnerinnen und Vorturnerinnen in der Turnhalle Kunststraße, Dreifönigshaus. Meldungen können Dienstag zum Turnen abgegeben werden und beim Genossen Paul Raben, Dresden-Rickchen, Logauer Straße 99; Kenngebi beträgt für das ganze Jahr 100 M. Die Bildung einer Vorklasse für fortgeschrittene Vorturnerinnen ist geplant. Meldungen können an der gleichen Stelle beigebracht werden. Meldefrist 15. Februar. Turnordnung für den ersten Lehrgang: 1. Geschrittlübungen, 2. Freilübungen, 3. Geräteturnen. Turnereinnenausschuss. Sonnabend, 27. Januar, abends 6 Uhr, im Volkshaus Sitzung. Wichtig, also da sein!

Lehrerinnenverein Die Naturfreunde, Dresden. Bezirksgruppe Reusfeld. Die Gruppenabende finden nicht mehr im Reusfeld, Fritz-Reuter-Straße, sondern im Restaurant Adnigsmal, Plattenstraße, statt. Nächster Gruppenabend Donnerstag den 26. Januar.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Abteilung Striesen. 28. Januar: Fuhwanderung nach der Hiersdorfer Mühle. Abmarsch mittags 1 Uhr vom Restaurant Giese, Quittenstraße 1. Gähle willkommen. — Abteilung Lößtau. 28. Januar: Radelpartie im Griebenburger Wald. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Bahnhof Plauen. Radfahrerinnen und Probant sind mitzubringen. Gäste willkommen.

Wettervorhersage für den 25. Januar. Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterzentrale. Zunächst Regen und Schneedecke. Später teilweise Aufklaren. Regenwelle harte Nachfrö.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Hochmann; für Sachfen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliche: Hans Richterbusch; für Stadtkronik u. Aus der Umgebung: Franz Salzpfel, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Prelat: Richard Bombach, Wildstruß, für Infanterie Reg. Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Raben u. Komp., Dresden.

Reizarmut des Körpers ist die Ursache vieler Schwächezustände

Kalzan beugt vor! In Packungen von 90 und 45 Tabletten in Apotheken und Drogerien erhältlich. Aufführende Drogerien kostenlos durch Johann W. Wiffing, Berlin SW 48, Grisebachstraße 23.